

/ Lagebericht und Jahresabschluss 2011

K+S Aktiengesellschaft
Kassel

Inhalt

Lagebericht	1
Gewinn- und Verlustrechnung	58
Bilanz	59
Entwicklung des Anlagevermögens	59
Anhang	61
Aufstellung über den Anteilsbesitz	76
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	89

LAGEBERICHT DER K+S AKTIENGESELLSCHAFT

Konzernstruktur und Geschäftstätigkeit

Die K+S Aktiengesellschaft ist die Holding der K+S Gruppe. Die wirtschaftliche Entwicklung der K+S Gruppe und damit auch der K+S Aktiengesellschaft wird maßgeblich durch die direkt und indirekt gehaltenen Tochtergesellschaften im In- und Ausland bestimmt.

Bedeutende Tochtergesellschaften sind die direkt gehaltenen K+S KALI GmbH, K+S Salz GmbH, K+S Nitrogen GmbH, K+S Finance Belgium BVBA und die K+S Investments Ltd. Unter der K+S Salz GmbH sind die esco – european salt company GmbH & Co. KG und die K+S Netherlands Holding B.V. zusammengefasst, die sowohl die Anteile an den mit den Geschäftsaktivitäten der Sociedad Punta de Lobos S.A. (SPL) in Chile, als auch die mit dem Legacy Projekt in Kanada in Verbindung stehenden Gesellschaften hält. Die K+S Finance Belgium BVBA hält gemeinsam mit der K+S Netherlands Holding B.V. über Tochtergesellschaften die Anteile an der Morton Salt, Inc. Während die K+S KALI GmbH und die K+S Salz GmbH ihre ausländischen Gesellschaften im Wesentlichen über eigene Zwischenholdings halten, werden die ausländischen Aktivitäten des Geschäftsbereichs Stickstoffdüngemittel weitestgehend unter der K+S Beteiligungs GmbH geführt, einer direkten Tochtergesellschaft der K+S Aktiengesellschaft. Auch die Ergänzenden Geschäftsbereiche sind weitgehend über Tochtergesellschaften mit der K+S Aktiengesellschaft verbunden.

Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte gewinnt in sechs Bergwerken in Deutschland Kali- und Magnesiumrohsalze, die dort und an einem ehemaligen Bergwerksstandort zu End- oder Zwischenprodukten weiterverarbeitet werden. Darüber hinaus gehören dem Geschäftsbereich drei Weiterverarbeitungsstandorte in Frankreich an. Die jährliche Produktionskapazität des Geschäftsbereichs beträgt bis zu 7,5 Mio. t Kali- und Magnesiumprodukte. Durch die Akquisition der kanadischen Potash One verfügt der Geschäftsbereich zukünftig über die Möglichkeit, die jährliche Produktionskapazität mit dem Legacy Projekt langfristig um mindestens 2,86 Mio. t zu erhöhen. Ein weitgespanntes Vertriebsnetz ermöglicht den Verkauf der Produkte auf allen relevanten Märkten in Europa und Übersee. Der Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte ist überwiegend in der K+S KALI GmbH, deren Tochtergesellschaften und der K+S Potash Canada GP abgebildet. Der Sitz der Geschäftsführung ist in Kassel.

Die Zwei-Säulen-Strategie der K+S Gruppe sieht vor, insbesondere in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz zu wachsen und Managementressourcen sowie finanzielle Mittel entsprechend hierauf zu fokussieren. Vor diesem Hintergrund wurde das COMPO-Geschäft im Juni 2011 an den europäischen Private-Equity-Investor Triton verkauft, das Closing erfolgte am 18. Oktober 2011. Der Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel besteht nach der Veräußerung des COMPO-Geschäfts im Wesentlichen aus der K+S Nitrogen GmbH. K+S Nitrogen vermarktet stickstoffhaltige Düngemittel mit einer Ausrichtung auf Großabnehmer in der Landwirtschaft und in Spezialkulturen wie Obst-, Gemüse- und Weinanbau. Die Gesellschaft

hat ihren Sitz in Mannheim. Neben den exklusiv von BASF für sie produzierten Düngemitteln vermarktet K+S Nitrogen auch Waren anderer namhafter europäischer Düngemittelproduzenten.

Im Geschäftsbereich Salz gewinnt und vertreibt die K+S Gruppe Speise-, Gewerbe-, Industrie- und Auftausalze. K+S ist der weltweit größte Anbieter von Salzprodukten, die jährliche Produktionskapazität beläuft sich auf rund 30 Mio. t Salz. Der Geschäftsbereich umfasst die Teileinheiten esco – european salt company GmbH & Co. KG (esco), Hannover, mit Tätigkeitsschwerpunkt in Europa, die chilenische Sociedad Punta de Lobos S. A. (SPL), Santiago de Chile, mit Aktivitäten in Südamerika und den USA sowie Morton Salt, Inc., Chicago, einen der größten Salzproduzenten in Nordamerika. esco verfügt über drei Steinsalzbergwerke, zwei Solbetriebe sowie mehrere Siedesalzanlagen in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Spanien sowie über zahlreiche Vertriebsstandorte in Europa. Die jährliche Produktionskapazität von esco liegt in Europa bei rund 8,0 Mio. t Festsalz und bei 1,7 Mio. t Salz in Sole. Die chilenische SPL gewinnt im Salar Grande de Tarapacá Steinsalz im kostengünstigen Tagebau. Die Produktionskapazität beträgt dort rund 6,5 Mio. t pro Jahr und soll bis zum Ende des Jahres 2012 um 1,5 Mio. t auf jährlich 8 Mio. t ausgebaut werden. Außerdem betreibt die zur SPL-Gruppe gehörende Salinas Diamante Branco im Nordosten von Brasilien eine Meersalzanlage mit 0,5 Mio. t Jahreskapazität. In den USA vertreibt die SPL ihre Salzprodukte über die International Salt Company (ISCO). Darüber hinaus ist die chilenische Reederei Empemar S.A., die mit einer Flotte von fünf eigenen sowie zusätzlichen gecharterten Schiffen die Seelogistik für die SPL-Gruppe in Südamerika abwickelt, Teil des Geschäftsbereichs Salz. Morton Salt betreibt sechs Steinsalzbergwerke, sieben Solar- und zehn Siedesalzanlagen in den USA, in Kanada und auf den Bahamas; die jährliche Produktionskapazität beläuft sich auf rund 13 Mio. t Salz. Der Geschäftsbereich Salz ist in Europa sowie Nord- und Südamerika mit eigenen Vertriebseinheiten und über Plattformgesellschaften der K+S Gruppe vertreten. Darüber hinaus exportiert der Geschäftsbereich Salzprodukte nach Asien, Afrika und in andere Regionen der Welt.

Unter dem Begriff „Ergänzende Geschäftsbereiche“ sind neben den Entsorgungsaktivitäten zur untertägigen Beseitigung und Verwertung von Abfällen in Kali- bzw. Steinsalzbergwerken, dem Salzschlacke- und Baustoffrecycling (Entsorgung und Recycling) sowie der Granulierung von CATSAN® am Standort Salzdetfurth weitere für die K+S Gruppe wichtige Aktivitäten gebündelt. Mit der K+S Transport GmbH (KST) in Hamburg verfügt die K+S Gruppe über einen eigenen Logistik-Dienstleister. Die Chemische Fabrik Kalk GmbH (CFK) handelt mit einer Auswahl von Basischemikalien.

Erklärung zur Unternehmensführung

Entsprechenserklärung 2011/2012

Vorstand und Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft haben im Dezember 2011 folgende gemeinsame Entsprechenserklärung gemäß § 161 Aktiengesetz abgegeben:

„Wir erklären, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex (Fassung vom 26. Mai 2010) im Jahr 2011 entsprochen wurde bzw. im Jahr 2012 entsprochen werden wird.

Lediglich der Empfehlung der Ziffer 5.4.6 des Kodex wird derzeit nicht in vollem Umfang entsprochen, da bislang nur Vorsitz und Mitgliedschaft im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats bei der Vergütung berücksichtigt werden; für die übrigen Ausschüsse wurde über die Gewährung eines gesonderten Sitzungsgeldes hinaus bislang keine zusätzliche Vergütung für erforderlich angesehen.“

Von den zahlreichen Anregungen des Kodex werden von K+S lediglich die folgenden beiden nicht bzw. nicht vollständig umgesetzt:

- Die Hauptversammlung wurde bislang nicht in voller Länge live im Internet übertragen (Kodex Ziffer 2.3.4), sondern nur bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden.
- Die variable Vergütung des Aufsichtsrats ist an die Gesamtkapitalrendite des jeweiligen Geschäftsjahres geknüpft und enthält keine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogenen Bestandteile (Kodex Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat. Die Kompetenzen dieser Organe sind im Aktiengesetz, in der Satzung und den Geschäftsordnungen für Vorstand und Aufsichtsrat geregelt.

Aktionäre und Hauptversammlung

Die Aktionäre nehmen ihre Rechte in der Hauptversammlung wahr und entscheiden über grundlegende Angelegenheiten der K+S Aktiengesellschaft durch die Ausübung ihres Stimmrechts. Jede Aktie besitzt eine Stimme (One-share-one-vote-Prinzip). Alle für die Entscheidungsbildung wichtigen Unterlagen stehen den Aktionären auch auf unserer Internetseite zur Verfügung. Zudem wird die Hauptversammlung bis zum Ende der Rede des Vorstandsvorsitzenden live im Internet übertragen. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl, z.B. durch von K+S benannte Stimmrechtsvertreter, ausüben lassen und ihnen Weisungen erteilen. Die Erteilung einer Vollmacht bzw. von Weisungen ist auch über ein elektronisches Vollmachts- und Weisungssystem auf der Internetseite der K+S möglich. Kurz nach dem Ende der Hauptversammlung veröffentlichen wir die Präsenz sowie die Abstimmungsergebnisse im Internet.

Weitere Informationen zur Hauptversammlung finden Sie unter www.k-plus-s.com/hv.

Der Nominierungsausschuss empfiehlt dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung geeignete Aufsichtsratskandidaten. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist zugleich Vorsitzender dieses Ausschusses. Der Ausschuss besteht aus vier Mitgliedern und ist ausschließlich mit Vertretern der Anteilseigner besetzt.

Der Vermittlungsausschuss nimmt die in § 31 Abs. 3 Satz 1 Mitbestimmungsgesetz beschriebenen Aufgaben wahr. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist zugleich Vorsitzender dieses Ausschusses. Die vier Mitglieder des Ausschusses vertreten zu gleichen Teilen die Anteilseigner und die Arbeitnehmer.

Zielsetzung für die Besetzung des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören derzeit 16 Mitglieder an, von denen je acht von der Hauptversammlung bzw. den Arbeitnehmern der deutschen Betriebe der K+S Gruppe (zwei dieser Mitglieder sind Vertreter der Gewerkschaften) gewählt wurden. Die Amtszeit des Vorsitzenden endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012, die von Herrn Cardona mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2015 und die der übrigen Mitglieder mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2013.

Aus der letzten Entsprechenserklärung der Gesellschaft ergibt sich, dass u. a. der Empfehlung der Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex gefolgt wird, nach der der Aufsichtsrat für seine Besetzung konkrete Ziele benennen soll. Dazu ist anzumerken, dass der Aufsichtsrat nicht selbst über seine Besetzung entscheidet und daher auf die Verwirklichung der von ihm verfolgten Zielsetzung nur durch entsprechende Wahlvorschläge an die Hauptversammlung hinwirken kann; eine Einflussnahme auf Vorschläge zur Wahl der Arbeitnehmervertreter steht ihm als Gesellschaftsorgan nicht zu.

Eingedenk dessen hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 24. November 2010 Folgendes beschlossen:

„Der Aufsichtsrat wird sich dafür einsetzen, dass seine Mitglieder integre, der sozialen Marktwirtschaft verbundene Persönlichkeiten sind und über Kompetenz und langjährige Erfahrung in der Führung und/oder Beratung von Wirtschaftsunternehmen oder wirtschaftsnahen Institutionen verfügen. Wünschenswert sind dabei Erfahrungen und spezielle Kenntnisse in den Haupttätigkeitsfeldern des Unternehmens. Dem Aufsichtsrat muss mindestens ein unabhängiger Finanzexperte angehören.

Dem Aufsichtsrat soll mindestens ein Mitglied angehören, das der gewachsenen Internationalität des Unternehmens aufgrund seiner Staatsangehörigkeit oder beruflichen Erfahrung in besonderem Maße Rechnung trägt. Dabei erscheinen Erfahrungen bezüglich der Regionen, in denen die K+S Gruppe verstärkt präsent ist, besonders wünschenswert.

In diesem Rahmen wird angestrebt, dass dem Aufsichtsrat ein prozentualer Anteil weiblicher Mitglieder angehört, der mindestens dem prozentualen Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der in der K+S Gruppe beschäftigten Mitarbeiter entspricht.

Angestrebt wird ferner, dass mindestens die Hälfte der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat unabhängig ist. Dies setzt insbesondere voraus, dass die betreffenden Personen keine Organ- oder Beraterfunktion bei bedeutenden Kunden, Lieferanten, Kreditgebern, sonstigen Geschäftspartnern oder wesentlichen Wettbewerbern wahrnehmen und auch sonst in keiner wesentlichen geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft oder deren Vorstand stehen. Potenzielle Interessenkonflikte von zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagenen Personen sollen möglichst ausgeschlossen sein.

Der Aufsichtsrat wird der Hauptversammlung Wahlvorschläge nur für solche Kandidaten unterbreiten, die zum Zeitpunkt ihrer Wahl das 70. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.“

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass er gegenwärtig die vorstehenden Zielsetzungen mit einer Ausnahme erfüllt: Mit Frau Benner-Heinacher hat der Aufsichtsrat nur ein weibliches Mitglied; angesichts des aktuellen Frauenanteils von ca. 10 % an der Gesamtbelegschaft der K+S Gruppe wird die Mitgliedschaft von mindestens 2 Frauen angestrebt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Gesamtunternehmen relevanten Fragen der Unternehmensstrategie, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Finanz- und Ertragslage sowie über besondere unternehmerische Risiken und Chancen. Wesentliche Geschäfte und Maßnahmen erfordern die Zustimmung des Aufsichtsrats; weitere Informationen hierzu finden sich in §12 der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats.

Interessenkonflikte

Interessenkonflikte von Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, über die die Hauptversammlung zu informieren wäre, sind dem Aufsichtsrat gegenüber im Berichtszeitraum nicht offengelegt worden. Zur Vermeidung potenzieller Interessenkonflikte haben Herr Cardona in zwei Plenumsitzungen und Herr Dr. Sünner in einer Plenumsitzung an Beratungen zu Themen, bei denen auch Interessen der MCC EuroChem OJSC bzw. der BASF SE hätten berührt sein können, nicht teilgenommen. Herr Vassiliadis hat erklärt, er werde für den Fall, dass korrespondierende Themen im Aufsichtsrat der BASF SE behandelt werden sollten, nicht an dessen diesbezüglichen Beratungen teilnehmen.

Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O)

K+S unterhält eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) u.a. für den Fall, dass Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder wegen einer bei der Ausübung ihrer Tätigkeit begangenen Pflichtverletzung aufgrund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen für einen Vermögensschaden auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden. Der Selbstbehalt beträgt 10% des jeweiligen Schadens bis maximal zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung. Die D&O-Versicherung findet auch auf Führungskräfte sowie sonstige leitende Angestellte Anwendung.

Aktiengeschäfte von Mitgliedern des Aufsichtsrats und Vorstands

Nach § 15a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) müssen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der K+S Aktiengesellschaft den Erwerb und die Veräußerung von K+S-Aktien offenlegen.

Im Jahr 2011 sind der K+S Aktiengesellschaft folgende Directors' Dealings-Meldungen zugegangen:

Eine stets aktuelle Tabelle finden Sie auf unserer Homepage unter www.k-plus-s.com/de/meldungen/directors-dealings/.

Directors' Dealings Vorstandsmitglieder

	Datum	Transaktion	Stückzahl	Kurs in €	Betrag in €
Dr. Thomas Nöcker	04.10.2011	Kauf von Aktien	1.000	35,49	35.488,00
	23.09.2011	Kauf von Aktien	1.000	39,00	39.000,00
	11.08.2011	Kauf von Aktien	2.000	40,39	80.772,00
	13.05.2011	Kauf von Aktien	2.000	52,39	104.786,00
	11.03.2011	Kauf von Aktien	2.000	50,89	101.773,12
Jan Peter Nonnenkamp	02.12.2011	Verkauf von Aktien	2.000	39,50	79.000,00
	18.08.2011	Kauf von Aktien	1.000	43,97	43.970,00
	11.08.2011	Kauf von Aktien	1.000	40,44	40.440,00

Directors' Dealings Aufsichtsratsmitglieder

	Datum	Transaktion	Stückzahl	Kurs in €	Betrag in €
Dr. Rainer Gerling	15.08.2011	Kauf von Aktien	650	44,12	28.675,00
	15.03.2011	Kauf von Aktien	983	50,83	49.962,00
Klaus Krüger	30.09.2011	Kauf von Aktien	100	41,00	4.100,00
	13.04.2011	Kauf von Aktien	60	57,00	3.420,00

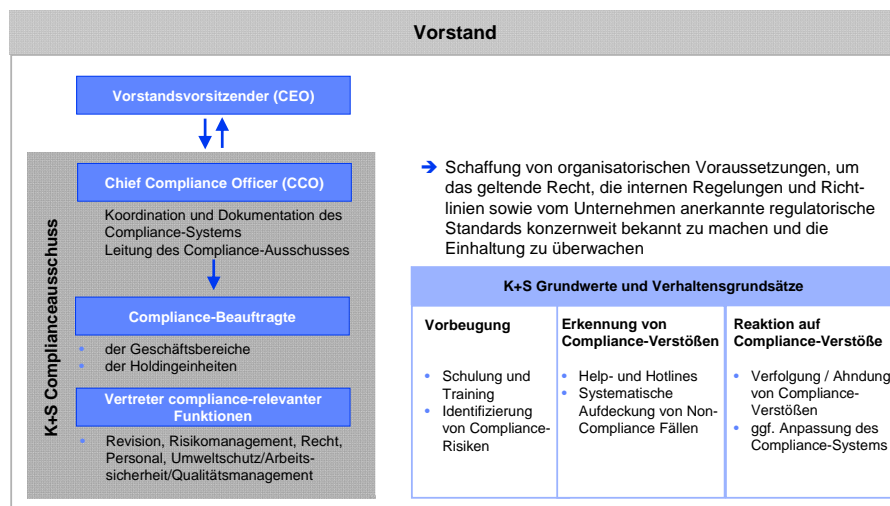
Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats hielten am 31. Dezember 2011 zusammen einen Anteil von weniger als 1% der von der K+S Aktiengesellschaft ausgegebenen Aktien.

Compliance

Unser Compliance-System schafft die organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass das jeweils geltende Recht, unsere internen Regelungen und Richtlinien sowie die vom Unternehmen anerkannten regulatorischen Standards konzernweit bekannt sind und ihre Einhaltung überwacht werden kann. Wir wollen so nicht nur Haftungs-, Straf- und Bußgeldrisiken sowie sonstige finanzielle Nachteile für das Unternehmen vermeiden, sondern auch die positive Reputation des Unternehmens und seiner Mitarbeiter in der Öffentlichkeit sicherstellen. Es ist für uns selbstverständlich, dass Compliance-Verstöße verfolgt und geahndet werden.

Mit der Koordinierung und Dokumentation der konzernweiten Compliance-Aktivitäten hat der Vorstand einen Chief Compliance Officer betraut, der direkt an den Vorstandsvorsitzenden berichtet. Er leitet den zentralen Compliance-Ausschuss, dem die Compliance-Beauftragten der Holding und der Geschäftsbereiche sowie die Leiter von Holdingseinheiten angehören, die Compliance-relevante Aufgaben wahrnehmen (z.B. Revision, Risikomanagement, Recht, Personal, Umweltschutz, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement).

Über die gesetzlichen Pflichten hinaus haben wir für uns Grundwerte und daraus abgeleitete Verhaltensgrundsätze (Code of Conduct) definiert, die den Rahmen für unser Verhalten und unsere Entscheidungen verbindlich vorgeben und Orientierung für unser unternehmerisches Handeln sind. Unsere Grundwerte und Verhaltensgrundsätze sind auf unserer Homepage unter www.k-plus-s.com im Bereich Über K+S veröffentlicht. Jeder Mitarbeiter wird mit diesen konzernweit geltenden Grundwerten und Verhaltensgrundsätzen sowie den sich daraus ableitenden Unternehmensrichtlinien vertraut gemacht. Zu speziellen Themen finden Pflichtschulungen für potenziell betroffene Mitarbeiter statt (z. B. Kartellrecht, Antikorruption, Umweltschutz, Arbeitssicherheitsrecht). Die Mitarbeiter haben die Möglichkeit, sich über interne Helplines Rat in Compliance-relevanten Angelegenheiten zu holen. Außerdem haben wir externe Hotlines (Ombudsleute) zur – wenn gewünscht, auch anonymen – Meldung von Compliance-Verstößen eingerichtet.



Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Abschlussprüfungen für das Jahr 2011 wurden von der Deloitte & Touche GmbH, Hannover, durchgeführt, die die Unabhängigkeitserklärung nach Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben hat. Die Erteilung des Prüfungsauftrags erfolgt durch den Aufsichtsrat auf Vorschlag des Prüfungsausschusses, nachdem mit dem durch die Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte sowie dessen Honorar vereinbart wurden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorsitzende des Prüfungsausschusses werden vom Abschlussprüfer unverzüglich über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder

Befangenheitsgründe unterrichtet, soweit diese nicht umgehend beseitigt werden. Ferner soll der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse umgehend berichten, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Außerdem hat der Abschlussprüfer den Aufsichtsrat zu informieren bzw. im Prüfungsbericht zu vermerken, wenn er im Zuge der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die mit der von Vorstand und Aufsichtsrat nach §161 AktG abgegebenen Entsprechenserklärung nicht vereinbar sind.

Transparenz

Unser Ziel ist es, Aktionäre, Aktionärsvereinigungen, Finanzanalysten, Medien sowie die interessierte Öffentlichkeit durch regelmäßige, offene und aktuelle Kommunikation gleichzeitig und gleichberechtigt über die Lage sowie über bedeutende geschäftliche Veränderungen des Unternehmens zu unterrichten. Alle wesentlichen Informationen wie z.B. Informationen zur Hauptversammlung, Presse-, Ad-hoc- und Stimmrechtsmitteilungen, sämtliche Finanzberichte, Unternehmens-/Nachhaltigkeitsberichte, aber auch Analystenempfehlungen und Konsensschätzungen sowie Unternehmenspräsentationen von Roadshows und Investorenkonferenzen veröffentlichen wir im Internet.

Der Finanzkalender befindet sich sowohl im Finanzbericht, in den Halbjahres- sowie Quartalsfinanzberichten als auch auf der Internetseite der Gesellschaft. Die Satzung der Gesellschaft sowie die Geschäftsordnungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat sind ebenso auf dieser Internetseite abrufbar wie detaillierte Informationen zur Umsetzung der Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Ein E-Mail-Newsletter informiert stets über Neues aus dem Konzern.

Vergütungsbericht

Im Folgenden erläutern wir die Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand und den Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft sowie die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Komponenten.

Vergütung des Vorstands

Vergütungsstruktur

Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Gesamtvorstands, der Vergleich mit den übrigen Führungskräften sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds.

Die Vergütung für die Vorstandsmitglieder setzt sich aus jahresbezogenen Bestandteilen sowie solchen mit langfristiger Anreizwirkung zusammen. Die jahresbezogenen Vergütungsbestandteile beinhalten sowohl erfolgsunabhängige als auch erfolgsbezogene Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Teile bestehen aus fixer Vergütung sowie Sach- und sonstigen Bezügen; die Tantieme ist der erfolgsbezogene Anteil. Außerdem besteht eine kennzahlenbasierte variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung (sogenannter „Long Term Incentive“ (LTI)). Darüber hinaus haben die Mitglieder des Vorstands Pensionszusagen erhalten.

Die fixe Vergütung als erfolgsunabhängige Grundvergütung wird monatlich ausbezahlt. Zusätzlich erhalten die Vorstandsmitglieder Nebenleistungen, insbesondere Zuschüsse zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Sachbezüge, die im Wesentlichen aus der Dienstwagennutzung bestehen.

Um die Interessen der Anteilseigner mit denen des Vorstands im hohen Maße in Übereinstimmung zu bringen, bestimmt sich ein Teil der Tantieme nach der Gesamtkapitalrendite des Konzerns. Außerdem wird die persönliche Leistung der Mitglieder des Vorstands bei der Berechnung der Tantieme berücksichtigt; die Auszahlung erfolgt im jeweils folgenden Geschäftsjahr.

Die Struktur der Jahresvergütung sieht in einem Normaljahr eine fixe Vergütung von 40% sowie variable, kurzfristige Erfolgsbausteine von 60% vor. Der variable Anteil ist wiederum zu 80% an die Unternehmensperformance, d.h. an die erzielte Gesamtkapitalrendite, gebunden; die übrigen 20% sind von der persönlichen Leistung abhängig. Eine variable Vergütung von 100% wird dann erreicht, wenn zum einen die erzielte Gesamtkapitalrendite mindestens 115% des jeweiligen Kapitalkostensatzes erreicht und zum anderen die persönliche Leistung mit 100% bewertet wurde. Die Vergütung auf Basis der Gesamtkapitalrendite ist bei einer Obergrenze von 20 Prozentpunkten über der Mindestrendite gedeckelt. Die Zielerreichungsspannen beider variabler Vergütungsbestandteile bewegen sich zwischen 0 und rund 150%. Die Vergütungshöhe auf Basis eines Normaljahres wird jährlich überprüft.

Zusätzlich besteht die Möglichkeit, als variable Vergütungskomponente mit langfristi-

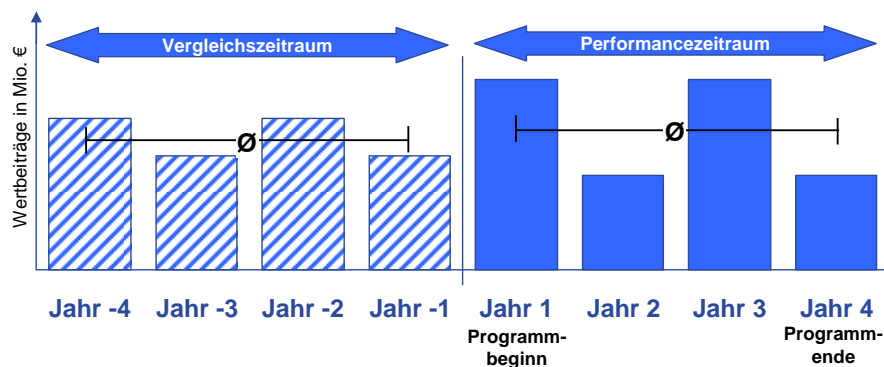
ger Anreizwirkung und Risikocharakter Einkommen aus einem kennzahlenbasierten „Long Term Incentive“-Programm zu beziehen. Diese beruht auf einer mehrjährigen Bemessungsgrundlage nach Maßgabe der erzielten Wertbeiträge. Dabei wird jeweils anhand von zwei Vierjahreszeiträumen der Beitrag des Vorstands zum Unternehmenserfolg ermittelt. Der Wertbeitrag ergibt sich folgendermaßen:

$$\begin{aligned}
 & \text{Operatives Ergebnis (EBIT I)} \\
 & + \text{ Zinserträge des Geschäftsjahres} \\
 & - \text{ Kapitalkosten (vor Steuern) des Geschäftsjahres} \\
 & = \text{Wertbeitrag}
 \end{aligned}$$

Eine Kappungsgrenze für den Wertbeitrag besteht bei +/- 500 Mio. € pro Geschäftsjahr.

Zur Ermittlung des Ergebnisses einer LTI-Tranche werden zwei Vierjahreszeiträume („Vergleichszeitraum“ und „Performancezeitraum“) verglichen. Der Vergleichszeitraum umfasst die vier Jahre vor dem jeweiligen LTI-Beginn, der Performancezeitraum die vier Jahre der jeweiligen LTI-Laufzeit. In der folgenden Grafik werden die Zeiträume des LTI-Programms schematisch dargestellt:

LTI-Programm



Zu Beginn eines LTI's wird der Durchschnitt der vier Wertbeiträge des Vergleichszeitraums und nach Programmablauf der Durchschnitt der vier Wertbeiträge des Performancezeitraums ermittelt. Die Differenz dieser durchschnittlichen Wertbeiträge wird an einer Skalierung von -200 bis +200 Mio. € prozentual gespiegelt. Eine stabile Entwicklung, d.h. eine Differenz von 0 Mio. €, entspricht 100% und ist als Normaljahr definiert. In einem solchen Normaljahr beträgt die variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung für ein ordentliches Vorstandsmitglied 350.000 €. Bei einer Minderperformance sinkt die Auszahlung linear entsprechend der prozentualen Abweichung bis auf 0%. Bei einer Überperformance steigt die Auszahlung entsprechend bis zu einer Obergrenze von 200% (= 700.000 €). Für den Vorstandsvorsitzenden be-

trägt die Vergütungskomponente das 1,5-fache, d.h. 525.000 € in einem Normaljahr und 1.050.000 € bei Erreichen der Obergrenze.

Die Auszahlung erfolgt jeweils im April des dem Programmende folgenden Jahres. Für den Fall der Beendigung des Arbeitsverhältnisses oder bei Eintritt in den Ruhestand erfolgt eine anteilige, abgezinste Auszahlung aller laufenden Tranchen in der Regel im April des darauffolgenden Jahres.

Für die aufgrund der im Jahr 2010 erfolgten Umstellung der variablen Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung von einer zweijährigen auf eine vierjährige Laufzeit entstehenden Zuflusslücken in den Jahren 2012 und 2013 wurde das neue LTI-Programm virtuell bereits in den Jahren 2008 und 2009 mit jeweils einer Tranche gestartet.

LTI-Programme 2008 bis 2011

Angaben in T€	2004	2005	2006	2007	2008 ¹⁾	2009	2010	2011 ¹⁾	2012	2013	2014	Ergebnis
LTI 2008	Durchschnitt Vergleichszeitraum: 84				Durchschnitt Performancezeitraum: 325				-	-	-	Differenz = 241 Mio. € 200% Auszahlung ²⁾ = 700.000 €
	60	96	114	68	500	-32	334	500	-	-	-	
LTI 2009	Durchschnitt Vergleichszeitraum: 194				Performancezeitraum noch unvollständig (bisheriger Durchschnitt: 267)				-	-	-	
	-	96	114	68	500	-32	334	500	-	-	-	
LTI 2010	Durchschnitt Vergleichszeitraum: 162				Performancezeitraum noch unvollständig (bisheriger Durchschnitt: 417)				-	-	-	
	-	-	114	68	500	-32	334	500	-	-	-	
LTI 2011	Durchschnitt Vergleichszeitraum: 217				Performancezeitraum noch unvollständig (bisheriger Durchschnitt: 500)				-	-	-	
	-	-	-	68	500	-32	334	500	-	-	-	

¹⁾In den Jahren 2008 und 2011 wurde aufgrund sehr guter Wertbeiträge die Kappungsgrenze erreicht.

²⁾Für ein ordentliches Vorstandsmitglied, die Auszahlung erfolgt im April des dem Programmende folgenden Jahres.

Das neue Vorstandsvergütungssystem wurde von der Hauptversammlung 2010 mit großer Mehrheit gebilligt und vom Verband der Aktionärsvereinigungen in Europa, Euroshareholders, als besonders aktionärsfreundliches Vergütungssystem ausgezeichnet.

Das LTI-Programm ersetzt das zwischen 1999 und 2009 geltende System mit der Möglichkeit, als variable Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter Einkommen aus der Ausübung von Aktienoptionen zu beziehen. Im Rahmen eines virtuellen Optionsprogramms, das in seiner Ausgestaltung identisch ist mit dem der übrigen Optionsprogrammteilnehmer, konnte der Vorstand im Jahr 2009 letztmalig 30% seiner erfolgsabhängigen Vergütung für ein Eigeninvestment in K+S-Aktien verwenden. Mit dem Erwerb dieser Basisaktien erhielten die Teilnehmer virtuelle Optionen, bei denen im Fall der Ausübung eine Barauszahlung erfolgt. Die Höhe der Barauszahlung bestimmt sich nach der relativen Entwicklung der K+S-Aktie gegenüber dem Referenzindex DAX. Die für die Berechnung der Performance maßgeblichen Basiskurse der K+S-Aktie und des DAX entsprechen dem Durchschnittskurs der 100

Börsentage bis zum jeweiligen Basisstichtag (der drittletzte Freitag vor der ordentlichen Hauptversammlung). Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter ist ausgeschlossen.

Die Gesamtlauzeit der bis zum Jahr 2009 gewährten Optionen beträgt fünf Jahre, danach verfallen die nicht ausgeübten Optionen entschädigungslos. Die Ausübung der Optionen ist nach einer Sperrfrist von zwei Jahren innerhalb zweier Zeitfenster je Jahr im Mai und November nach der Veröffentlichung der Quartalszahlen möglich. Um die Optionen ausüben zu können, müssen die Basisaktien durchgängig bis zum Ausübungstag gehalten werden. Im Übernahmefall („Change of Control“) öffnet sich für sämtliche noch ausstehenden Optionen ein Sonderfenster für die Ausübung.

Bei Abberufung bzw. Eigenkündigung verfallen die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgeübten virtuellen Optionen.

Im Folgenden ist eine Beispielrechnung für die Jahresvergütung eines ordentlichen Vorstandsmitglieds dargestellt:

Beispielrechnung für die Vergütung eines ordentlichen Vorstandsmitglieds

Angaben in €	Zielerreichung 100%	Zielerreichung 0%	Maximale Zielerreichung
Fixum: 40%	380.000	380.000	380.000
Tantieme: 60%	570.000 ¹⁾	0 ²⁾	867.000 ³⁾
- davon Unternehmensperformance: 80%	456.000	0	696.000
- davon persönliche Zielerreichung: 20%	114.000	0	171.000
LTI-Programm	350.000 ⁴⁾	0 ⁵⁾	700.000 ⁶⁾
Gesamtvergütung	1.300.000	380.000	1.947.000

¹⁾ Gesamtkapitalrendite Mindestrendite; persönliche Zielerreichung 100%

²⁾ Gesamtkapitalrendite 0%; persönliche Zielerreichung 0%

³⁾ Gesamtkapitalrendite Mindestrendite + 20 Prozentpunkte; persönliche Zielerreichung 150%

⁴⁾ Differenz der durchschnittlichen Wertbeiträge von Vergleichs- und Performancezeitraum = 0 Mio. € 100%

⁵⁾ Differenz der durchschnittlichen Wertbeiträge von Vergleichs- und Performancezeitraum -200 Mio. € 0%.

⁶⁾ Differenz der durchschnittlichen Wertbeiträge von Vergleichs- und Performancezeitraum +200 Mio. € 200%.

Vergütungshöhe

Einzelheiten der Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011 sind in individualisierter Form in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben:

Vergütung des Vorstands

Angaben in T€	Fixum	Nebenleistungen	Tantieme	Ansprüche/ Zahlungen aus LTI Programmen	Insgesamt
Norbert Steiner	590,0 (590,0)	24,9 (24,7)	1.102,0 (1.017,7)	1.050,0 (-)	2.766,9 (1.632,4)
Joachim Felker	380,0 (380,0)	21,4 (19,9)	720,0 (645,0)	700,0 (-)	1.821,4 (1.044,9)
Gerd Grimmig	380,0 (380,0)	30,7 (30,1)	720,0 (645,7)	700,0 (-)	1.830,7 (1.055,1)
Dr. Thomas Nöcker	380,0 (380,0)	23,7 (23,5)	720,0 (645,0)	700,0 (-)	1.823,7 (1.048,5)
Jan Peter Nonnenkamp ¹⁾	538,0 (380,0)	22,4 (23,2)	1.045,0 (645,0)	1.928,0 (-)	3.533,4 (1.048,2)
Summe	2.268,0 (2.110,0)	123,1 (121,4)	4.307,0 (3.597,7)	5.078,0 (-)	11.776,1 (5.829,1)

¹⁾ Herr Nonnenkamp ist am 31. Dezember 2011 aus dem Vorstand ausgeschieden. Ansprüche auf fixe Vergütung, Tantieme sowie abgezinsten Zahlungen aus laufenden LTI-Programmen bestanden bis zur ursprünglichen Vertragsdauer am 31.05.2012 und wurden im Rahmen der Vertragsbeendigung zum 31.12.2011 ausbezahlt.

Die Gesamtbezüge des Vorstands entfielen sowohl im Berichtsjahr, als auch im Vorjahr auf fünf Vorstandsmitglieder, die jeweils zwölf Monate im Amt waren. Der gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgewiesene Anstieg der Tantiemen beruht insbesondere auf der im Jahr 2011 weiter gestiegenen Gesamtkapitalrendite. Außerdem sind mit Ende der vierjährigen Laufzeit des LTI-Programms 2008 im Jahr 2011 erstmals die Ansprüche der Vorstandsmitglieder aus dieser neuen variablen Vergütungskomponente auszuweisen. Wie auf Seite 13 dargestellt, lagen die im vierjährigen Performancezeitraum erwirtschafteten Wertbeiträge deutlich über denen des Vergleichszeitraums; infolgedessen erreichte das LTI-Programm 2008 die Kappungsgrenze.

Der Aufsichtsrat und Herr Nonnenkamp haben sich im November 2011 einvernehmlich darauf geeinigt, dass das Vorstandsmandat und das Vertragsverhältnis zum Jahresende beendet werden; Vergütungsansprüche bestanden jedoch bis zum Ende der ursprünglich vereinbarten Vertragsdauer am 31. Mai 2012. Die in der obigen Tabelle ausgewiesenen Vergütungsbestandteile beinhalten daher neben der Vergütung für das Jahr 2011 das anteilige Fixum für das Jahr 2012, die auf Basis der Planung errechnete anteilige Tantieme für das Jahr 2012 sowie die anteiligen, abgezinsten Zahlungen aus allen zugesagten LTI-Programmen.

Die Werte der im Rahmen des letztmalig 2009 angebotenen Optionsprogramms erworbenen und noch nicht ausgeübten Aktienoptionen werden in der nachfolgenden

Tabelle dargestellt (Wert bei fiktiver Ausübung am 31. Dezember 2011). Die Vorjahreszahlen sind in Klammern angegeben:

Virtuelles Aktienoptionsprogramm 2009

	Anzahl Optionen	Wert in T€ am 31.12.
Norbert Steiner	190.000 (190.000)	222,2 (531,8)
Joachim Felker	152.900 (152.900)	178,8 (427,9)
Gerd Grimmig	153.060 (153.060)	179,0 (428,4)
Dr. Thomas Nöcker	152.900 (152.900)	178,8 (427,9)
Jan Peter Nonnenkamp	– (–)	– (–)
Summe	648.860 (648.860)	758,8 (1.816,0)

Im Jahr 2011 übte kein Vorstandsmitglied virtuelle Optionen des noch laufenden Optionsprogramms 2009 aus. Im Vorjahr betragen die Zahlungen für die im Jahr 2010 von Vorstandsmitgliedern vollständig ausgeübten virtuellen Optionen des Optionsprogramms 2008 für die einzelnen Vorstandsmitglieder: Herr Steiner 278,2 T€, Herr Felker 525,9 T€, Herr Grimmig 526,8 T€ und Herr Dr. Nöcker 525,9 T€.

Pensionszusagen

Die Pensionen der aktiven Vorstandsmitglieder bestimmen sich nach einem Bausteinsystem, d. h., für jedes Jahr der Vorstandstätigkeit wird ein Pensionsbaustein gebildet.

Die Pensionsbausteine werden auf der Basis von 40% der fixen Jahresvergütung des jeweiligen Vorstandsmitglieds berechnet. Die jährliche Gesamtpension aus diesem Bausteinsystem ist nach oben limitiert, um unangemessene Pensionen bei langjährigen Berufungen (>15 Jahre) zu vermeiden. Die Obergrenze beträgt für ein ordentliches Vorstandsmitglied 225.000 € und für den Vorstandsvorsitzenden 300.000 €. Die Werte werden in einem Dreijahresrhythmus – erstmals für das Geschäftsjahr 2014 – überprüft und ggf. angepasst.

Der Betrag wird mittels versicherungsmathematischer Faktoren verrentet; die Faktoren für die Bildung der Bausteine 2011 liegen bei den Vorständen je nach Alter zwischen 15,0 und 9,0% – die Faktoren verringern sich mit zunehmendem Lebensalter. Die einzelnen in den jeweiligen Geschäftsjahren erworbenen Pensionsbausteine werden aufsummiert und bestimmen im Versorgungsfall die dem jeweiligen Vorstandsmitglied oder ggf. seinen Hinterbliebenen zustehende Versorgungsleistung. Erst bei Auszahlung von Rentenleistungen werden diese entsprechend der Veränderung des „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ angepasst. Die Ansprüche aus den erworbenen Bausteinen sind unverfallbar.

Endet ein Vorstandsmandat, beginnt die Alterspension nach Vollendung des 65. Lebensjahres, es sei denn, es handelt sich um einen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsfall oder um eine Hinterbliebenenpension im Todesfall. Bei einer Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit eines Vorstandsmitglieds vor Erreichen des Pensionsalters erhält dieser eine Invalidenrente in Höhe der bis zum Eintritt der Invalidität gebildeten Rentenbausteine. Tritt die Invalidität vor Erreichen des 55. Lebensjahres ein, werden Bausteine auf Basis eines Mindestwerts für die Jahre fiktiv gebildet, die bis zum 55. Lebensjahr fehlen. Im Falle des Todes eines aktiven oder ehemaligen Vorstandsmitglieds erhalten der hinterbliebene Ehegatte 60%, jede Vollwaise 30% und jede Halbwaise 15% der Versorgungsleistung. Die Höchstgrenze für die Hinterbliebenenleistung kann 100% der Versorgungsleistung nicht überschreiten – in diesem Fall werden sie verhältnismäßig gekürzt. Scheidet ein Vorstandsmitglied ab dem vollendeten 60. Lebensjahr aus, gilt dies als Eintritt des Versorgungsfalls im Sinne der Versorgungszusage.

Für die Mitglieder des Vorstands wurden im Jahr 2011 folgende Beträge den Pensionsrückstellungen zugeführt; die Vorjahreszahlen sind in Klammern angegeben:

Pensionen

Angaben in T€	Alter	Zeitwert zum 01.01.	Pensions- aufwand	Zeitwert zum 31.12.
Norbert Steiner	57	2.602,9 (2.050,7)	510,9 (552,2)	3.113,8 (2.602,9)
Joachim Felker	59	1.672,0 (1.331,5)	326,1 (340,5)	1.998,1 (1.672,0)
Gerd Grimmig	58	2.446,7 (2.021,7)	383,2 (425,0)	2.829,9 (2.446,7)
Dr. Thomas Nöcker	53	1.470,6 (1.134,6)	313,3 (336,0)	1.783,9 (1.470,6)
Jan Peter Nonnenkamp	48	368,9 (90,4)	349,7 (278,5)	718,6 (368,9)
Summe		8.561,1 (6.628,9)	1.883,2 (1.932,2)	10.444,3 (8.561,1)

Der von den Vorstandsmitgliedern im Jahr 2011 jeweils erdiente Pensionsbaustein führt zu Pensionsaufwand, der versicherungsmathematisch berechnet wird. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert ist auf den um ein Jahr verkürzten Zeitraum bis zum unterstellten Pensionsbeginn zurückzuführen.

Vorzeitige Beendigung der Vorstandsverträge

Im Falle eines wirksamen Widerrufs der Bestellung zum Vorstandsmitglied erhält das Vorstandsmitglied im Zeitpunkt der Beendigung eine Abfindung in Höhe von dem 1,5-fachen der fixen Vergütung, maximal aber in Höhe der Gesamtbezüge für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Für den Fall der vorzeitigen Auflösung eines Vorstandsvertrags infolge eines Übernahmefalls („Change of Control“) erfolgt die Auszahlung der bis zum Ende der ursprünglichen Bestelldauer noch ausstehenden fixen Vergütung und Tantieme zuzüglich einer

Ausgleichszahlung, sofern kein Grund vorliegt, der eine fristlose Beendigung des Vertrags des Betroffenen rechtfertigt. Die Tantieme bemisst sich nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen zwei Jahre, zuzüglich einer Ausgleichszahlung. Die Ausgleichszahlung beträgt das 1,5-fache des Jahresfixums. Die Vorstandsmitglieder haben bei einem „Change of Control“-Fall kein Sonderkündigungsrecht.

Sonstiges

Im Berichtsjahr wurden den Vorstandsmitgliedern Leistungen von Dritten im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit weder zugesagt noch gewährt. Über die genannten Dienstverträge hinaus gibt es keine vertraglichen Beziehungen der Gesellschaft oder ihrer Konzerngesellschaften mit Mitgliedern des Vorstands oder diesen nahestehenden Personen.

Die Gesamtbezüge der früheren Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen beliefen sich im Berichtsjahr auf 1,1 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Vergütungsstruktur

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 12 der Satzung geregelt. Danach erhält ein Mitglied des Aufsichtsrats eine jährlich fixe Vergütung von 55.000 € sowie eine jährliche variable Vergütung, die durch die Höhe der von der K+S Gruppe im jeweiligen Geschäftsjahr erzielten Gesamtkapitalrendite wie folgt bestimmt wird:

Voraussetzung für den Anspruch auf Zahlung einer variablen Vergütung ist das Erreichen einer Mindestrendite; diese entspricht 115% der Kapitalkosten vor Steuern der K+S Gruppe im betreffenden Geschäftsjahr. Bei Erreichen der Mindestrendite erhält ein Mitglied des Aufsichtsrats eine variable Vergütung von 15.000 €; für jeden Prozentpunkt, um den die Gesamtkapitalrendite die Mindestrendite übersteigt, erhöht sich die variable Vergütung um jeweils 1.500 €. Die variable Vergütung ist begrenzt auf maximal 45.000 € pro Jahr. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-fache der Vergütungen. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhalten eine weitere Vergütung von 7.500 € pro Jahr. Auch der Vorsitzende dieses Ausschusses erhält das Doppelte dieser Vergütung. Die Gesellschaft gewährt jedem Mitglied des Aufsichtsrats für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse, denen er angehört, ein Sitzungsgeld von 500 €, bei mehreren Sitzungen an einem Tag jedoch maximal 1.000 € pro Tag. Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben gegenüber der Gesellschaft Anspruch auf Ersatz der zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendigen und angemessenen Auslagen. Sie haben ferner Anspruch auf Ersatz der von ihnen aufgrund ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit zu entrichtenden Umsatzsteuer.

Vergütungshöhe

Einzelheiten der Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 ergeben sich in individualisierter Form aus der nachfolgenden Tabelle; die Vorjahreszahlen sind jeweils in Klammern angegeben:

Vergütung des Aufsichtsrats ¹⁾

Angaben in €	Fixe Vergütung	Variable Vergütung	Prüfungsausschuss	Sitzungsgelder	Gesamt
Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)	110.000 (110.000)	48.000 (39.000)	7.500 (7.500)	7.000 (6.000)	172.500 (162.500)
Michael Vassiliadis (Stellvertretender Vorsitzender)	82.500 (82.500)	36.000 (29.250)	7.500 (7.500)	3.500 (5.500)	129.500 (124.750)
Ralf Becker	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)	2.651 (-)	3.000 (3.000)	84.651 (77.500)
Jella S. Benner-Heinacher	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		3.500 (3.000)	82.500 (77.500)
George Cardona	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.000 (3.000)	81.000 (77.500)
Harald Döll	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.500 (3.000)	81.500 (77.500)
Dr. Rainer Gerling	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.500 (3.000)	81.500 (77.500)
Rainer Grohe	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		4.000 (3.500)	83.000 (78.000)
Dr. Karl Heidenreich	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)	7.500 (7.500)	4.000 (4.500)	90.500 (86.500)
Rüdiger Kienitz	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.500 (3.000)	81.500 (77.500)
Klaus Krüger	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)	7.500 (7.500)	5.000 (6.000)	91.500 (88.000)
Dieter Kuhn	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.500 (3.000)	81.500 (77.500)
Dr. Bernd Malmström	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.000 (3.000)	81.000 (77.500)
Dr. Rudolf Müller	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		3.500 (2.500)	82.500 (77.000)
Renato De Salvo	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)		2.000 (3.000)	81.000 (77.500)
Dr. Eckart Sünner	55.000 (55.000)	24.000 (19.500)	15.000 (15.000)	4.000 (4.500)	98.000 (94.000)
Summe	962.500 (962.500)	420.000 (341.250)	47.651 (45.000)	53.500 (59.500)	1.483.651 (1.408.250)

¹⁾ Angaben ohne Entschädigung für die von Aufsichtsratsmitgliedern aufgrund ihrer Tätigkeit zu entrichtende Umsatzsteuer.

Der gegenüber dem Vorjahreszeitraum ausgewiesene Anstieg der variablen Vergütung beruht insbesondere auf der im Jahr 2011 gestiegenen Gesamtkapitalrendite.

Zusätzlich wurden im Jahr 2011 an die Aufsichtsratsmitglieder Aufwandsentschädigungen von insgesamt 57,0 T€ gezahlt (Vorjahr: 29,7 T€). Der Anstieg ist insbesondere auf

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Ziffer 1: Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital beträgt 191.400.000 € und ist in 191.400.000 Aktien eingeteilt. Die auf den Namen lautenden Aktien der Gesellschaft sind Stückaktien ohne Nennbetrag. Darüber hinaus bestehen keine weiteren Aktiengattungen.

Ziffer 2: Beschränkungen der Stimmrechte oder der Übertragung von Aktien

Jede Aktie besitzt eine Stimme; es existieren weder Beschränkungen der Stimmrechte noch Beschränkungen, die die Übertragung von Aktien betreffen. Entsprechende Gesellschaftervereinbarungen sind dem Vorstand nicht bekannt.

Ziffer 3: Direkte oder indirekte Beteiligungen über 10% am Kapital

Es bestehen keine direkten oder indirekten Beteiligungen von über 10% am Grundkapital.

Ziffer 4: Inhaber von Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Es gibt keine Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen.

Ziffer 5: Stimmrechtskontrolle bei Beteiligung von Arbeitnehmern am Kapital

Es existieren keine Stimmrechtskontrollen.

Ziffer 6: Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und über Satzungsänderungen

Bestellung und Abberufung des Vorstands regelt § 84 AktG. Danach werden die Vorstandsmitglieder für die Dauer von höchstens fünf Jahren durch den Aufsichtsrat bestellt. Nach § 5 der Satzung besteht der Vorstand der K+S Aktiengesellschaft aus mindestens zwei Mitgliedern. Die Anzahl bestimmt der Aufsichtsrat. Er kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied oder die Ernennung zum Vorstandsvorsitzenden aus wichtigem Grund widerrufen.

Die Hauptversammlung kann Satzungsänderungen mit der einfachen Mehrheit des vertretenen Grundkapitals beschließen (§ 179 Abs. 2 AktG i.V.m. § 17 Abs. 2 der Satzung), sofern keine gesetzlich zwingenden höheren Mehrheitserfordernisse bestehen.

Ziffer 7: Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 10. Mai 2015 eigene Aktien im Umfang von höchstens 10% der gesamten Stückaktien des Grundkapitals der K+S Aktiengesellschaft zu erwerben. Die Gesellschaft darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 10% der gesamten Stückaktien ihres Grundkapitals halten. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der gezahlte Kaufpreis je Aktie den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10% über- oder unterschreiten; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der am Tag des Erwerbs durch die Eröffnungsauction ermittelte Kurs der K+S-Aktie im Computer-Handelssystem XETRA. Im Falle des Erwerbs mittels eines an alle Aktionäre

gerichteten öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten; als maßgeblicher Börsenpreis gilt dabei der gewichtete durchschnittliche Börsenkurs der K+S-Aktie im Computer-Handelssystem XETRA während der letzten zehn Börsenhandelstage vor der Veröffentlichung des Kaufangebots.

Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Gesellschaft, die aufgrund einer Ermächtigung nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erworben wurden, über die Börse oder durch öffentliches Angebot an alle Aktionäre zu veräußern. Die Aktien dürfen in folgenden Fällen auch in anderer Weise und damit unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre veräußert werden:

- Veräußerung gegen Zahlung eines Geldbetrags, der den maßgeblichen Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet;
- Begebung der Aktien als Gegenleistung zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen;
- Bedienung von Wandel- und Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund einer Ermächtigung der Hauptversammlung begeben worden sind.

Die Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss gilt insgesamt für Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu 10 % des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung, je nachdem, in welchem Zeitpunkt das Grundkapital auf einen kleineren Betrag lautet. Die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals vermindert sich um den anteiligen Betrag des Grundkapitals, der auf diejenigen Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung im Rahmen einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital oder aus bedingtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben werden.

Der Vorstand ist schließlich ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Aktien der Gesellschaft, die aufgrund einer gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG erteilten Ermächtigung erworben wurden, einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung hat nach § 237 Abs. 3 Nr. 3 AktG ohne Kapitalherabsetzung in der Weise zu erfolgen, dass sich durch die Einziehung der Anteil der übrigen Stückaktien am Grundkapital gemäß § 8 Abs. 3 AktG erhöht.

Die Ermächtigungen zum Erwerb eigener Aktien, zu ihrer Veräußerung bzw. zu ihrem Einzug können jeweils ganz oder teilweise, im letzteren Fall auch mehrmals, ausgeübt werden.

Ziffer 8: Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

K+S hat im Jahr 2010 eine syndizierte Kreditlinie über 800 Mio. € abgeschlossen. Gemäß den Vertragsbedingungen werden alle im Rahmen der Kreditlinie gezogenen Ausleihungen unmittelbar zur Rückzahlung fällig und zahlbar sowie die Kreditlinie insgesamt kündbar, sollten eine allein handelnde Person oder mehrere gemeinschaftlich handelnde Personen

die Kontrolle über die K+S Aktiengesellschaft erhalten. Außerdem hat K+S im Jahr 2009 eine Anleihe über 750 Mio. € emittiert. Im Fall eines Kontrollwechsels haben die Anleihegläubiger das Recht, die noch nicht zurückgezahlten Schuldverschreibungen zu kündigen.

Ziffer 9: Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind

Derartige Vereinbarungen bestehen mit den Mitgliedern des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft und sind auf der Seite 17 im Vergütungsbericht detailliert erläutert. Das im Jahr 2009 letztmals gewährte Aktienoptionsprogramm für Vorstand und Führungskräfte sieht vor, dass sich im Übernahmefall ("Change of Control") für sämtliche noch ausstehende Optionen ein zeitliches Sonderfenster für die Ausübung öffnet. Die genaue Ausgestaltung dieses Programms, die für Vorstand und Führungskräfte identisch ist, wird ebenfalls im Vergütungsbericht erläutert (siehe Seite 12). Das im Jahr 2010 für Vorstand und Führungskräfte eingeführte Programm mit langfristiger Anreizwirkung (LTI) enthält keine Entschädigungsvereinbarungen.

Erläuternder Bericht des Vorstands zu den Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB

Da die zu den Ziffern 1 bis 6 des § 289 Abs. 4 HGB im Lagebericht (Seite 21) gemachten Angaben für sich selbst sprechen, beschränken wir uns an dieser Stelle auf folgende Erläuterungen gemäß § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG:

Ziffer 7: Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Die dem Vorstand von der Hauptversammlung erteilte Ermächtigung, in begrenztem Umfang eigene Aktien der Gesellschaft zu erwerben, ist ein in vielen Unternehmen übliches Instrument. Durch die Möglichkeit, die eigenen Aktien wieder zu veräußern, wird die Gesellschaft in die Lage versetzt, z. B. langfristig orientierte Anleger im In- und Ausland zu gewinnen oder Akquisitionen flexibel zu finanzieren. Die weiter bestehende Möglichkeit zur Einziehung eigener Aktien stellt eine ebenfalls übliche Verwendungsalternative im Interesse der Gesellschaft und ihrer Aktionäre dar.

Ziffer 8: Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die in den Kreditverträgen und Anleihebedingungen für den Fall eines Controllerwerbs vereinbarten Regelungen sind bei vergleichbaren Transaktionen üblich und zum Schutz der berechtigten Gläubigerinteressen angemessen.

Ziffer 9: Entschädigungsvereinbarungen, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern getroffen sind

Die mit den Mitgliedern des Vorstands bestehenden Entschädigungsvereinbarungen sowie das im Aktienoptionsprogramm für Vorstand und Führungskräfte geregelte zeitliche Sonderfenster für die Ausübung im Fall eines Übernahmeangebots, welches im Jahr 2009 letztmals gewährt wurde, berücksichtigen in angemessenem Umfang

sowohl die berechtigten Interessen der Betroffenen als auch der Gesellschaft und ihrer Aktionäre.

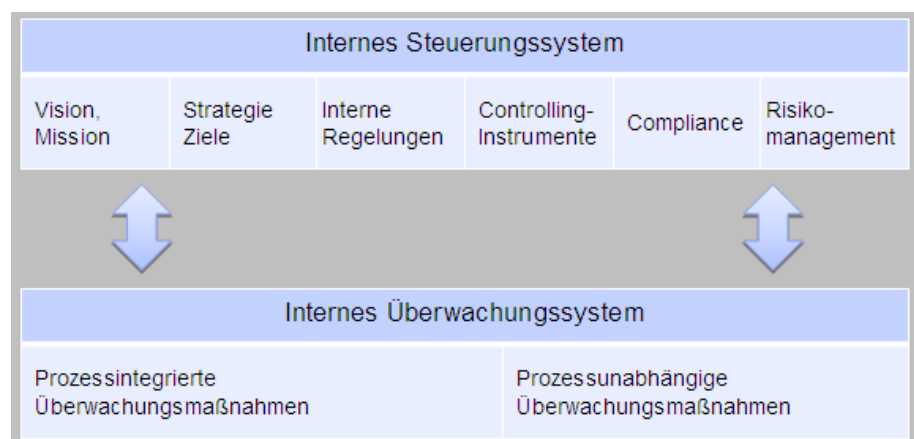
Unternehmenssteuerung und -überwachung

Das interne Kontrollsystem (IKS) der K+S Gruppe ist das wesentliche Instrument des Vorstands zur Wahrnehmung seiner Führungsverantwortung sowie seiner Aufsichtspflicht. Das IKS beinhaltet Grundsätze, Regelungen, Maßnahmen und Verfahren, die auf die organisatorische Umsetzung von Management- Entscheidungen gerichtet sind. Es dient insbesondere zur:

- Erreichung der gesetzten Unternehmensziele;
- Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit;
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung;
- Einhaltung von Gesetzen, Regelungen und Anweisungen des Managements;
- Förderung ordnungsmäßiger, sparsamer, zweckmäßiger und wirksamer Abläufe sowie
- Sicherung der Vermögenswerte vor Betrug, Verschwendung, Missbrauch und Misswirtschaft.

Das IKS der K+S Gruppe setzt sich aus den Bausteinen „Internes Steuerungssystem“ und „Internes Überwachungssystem“ zusammen. Die kontinuierliche Überprüfung der Wirksamkeit der gruppenweit geregelten Systeme stellt einen wesentlichen Bestandteil des IKS dar.

Das interne Kontrollsystem der K+S Gruppe



Internes Steuerungssystem der K+S Gruppe

Die Steuerung der K+S Gruppe erfolgt über regelmäßige Erörterungen zwischen dem Vorstand und den Geschäftsbereichsleitungen und Leitern der Holdingeinheiten; Vorstandssitzungen finden regelmäßig im Zwei-Wochen-Rhythmus statt. Das interne Steuerungssystem umfasst alle Unternehmensbereiche. So können kurze Reaktionszeiten auf Veränderungen in allen Bereichen und auf allen Entscheidungsebenen der K+S

Gruppe gewährleistet werden. Bei wesentlichen ergebnisrelevanten Veränderungen wird unverzüglich an Geschäftsführungen und Vorstand berichtet.

Vision, Mission, Strategie und Ziele als Ausgangspunkt für die Steuerung des Gesamtkonzerns mit Hilfe von internen Regelungen

Ausgangspunkt für die Steuerung des Gesamtkonzerns und seiner operativen Einheiten sind die Zielvorgaben des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft, die sich aus Vision, Mission und der Gesamtstrategie der K+S Gruppe ableiten. Ein wesentliches Instrument für die Umsetzung der Ziele und Vorgaben ist die Gesamtheit an internen Regelungen der K+S Gruppe.

Controllinginstrumente

Dem Management stehen die folgenden Controllinginstrumente zur Verfügung:

Rollierende Hochschätzung

Für das laufende Geschäftsjahr sowie für die beiden Folgejahre wird in der Regel monatlich eine rollierende Ergebnis- und Liquiditätshochschätzung erstellt, auf die berechnete Mitarbeiter über ein internes elektronisches Portal zugreifen können.

Monatliche Berichterstattung

Die Geschäftsbereiche berichten monatlich über aktuelle Entwicklungen bzw. Zielabweichungen bei Produktion, Absatz, Umsatz, Kosten, Ergebnis, Personal, Investitionen und weiteren Kennzahlen. Auch diese Informationen stehen über das genannte Portal zur Verfügung. Darüber hinaus werden operative Frühindikatoren kontinuierlich analysiert. So ermöglicht beispielsweise die Preisentwicklung von Futures für Agrarrohstoffe eine grobe Einschätzung der Ertragsperspektiven der Landwirtschaft und gibt u.a. Indikationen für Düngemittelnachfrage, Absatz und die mögliche Kapazitätsauslastung. Im Geschäftsbereich Salz gibt der Verlauf der Auftausalzausschreibungen Aufschluss über die Entwicklung von Marktanteilen und Preisen. Die Preisentwicklung von Gas und Öl ist ein bedeutender Indikator für die künftige Energiekostenentwicklung und die Entwicklung von Frachtraten auf für uns relevanten Transportrouten wiederum für künftige Frachtkosten und unser Regionalportfolio.

Vierteljährlicher Managementdialog

Zwischen Vorstand und den Leitungen der Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel und Salz findet vierteljährlich ein sogenannter Management-Dialog statt. In jeder der vier Veranstaltungen wird ein Überblick über die jeweils aktuelle Marktsituation sowie die rollierende Hochschätzung gegeben. Darüber hinaus werden im Verlauf des Jahres u.a. Schwerpunktthemen wie die Festlegung der Strategie und deren systematische Umsetzung im Rahmen der Jahres- und Mittelfristplanung sowie die Zielvereinbarung und -erreichung diskutiert.

Gremien/Kommissionen

Zur Unterstützung des Managements beschäftigen sich bereichsübergreifende Gremien regelmäßig u.a. mit den Themen Personal, Compliance und Informationstechno-

logie. Für die Prüfung und Bewertung von Investitionen bzw. Akquisitionen/Devestitionen sind spezielle Kommissionen eingerichtet.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren und finanzielle Steuerungskennzahlen

Neben den nachfolgend beschriebenen finanziellen Steuerungskennzahlen sind im Finanzbericht 2011 im Kapitel ‚Wesentliche nichtfinanzielle Themen‘ auf Seite 75 die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dargestellt, die für unsere wirtschaftliche Lage relevant sind.

Bei den finanziellen Steuerungskennzahlen liegt unser Fokus auf der kontinuierlichen Überwachung und Optimierung von:

- Netto-Cashflow (Brutto-Cashflow abzüglich Erhaltungsinvestitionen)
- EBITDA und operativem Ergebnis EBIT I
- Investitionen
- Return on Capital Employed (ROCE)
- Bereinigtes Ergebnis vor Ertragssteuern
- Bereinigtes Konzernergebnis nach Steuern

Die Steuerung der Aktivitäten unserer Geschäftsbereiche erfolgt auf Basis des Netto-Cashflows sowie der Ergebnisgrößen EBITDA und EBIT I; diese sind aus unserer Sicht die geeigneten Größen zur Beurteilung der Ertragskraft. Das EBITDA bildet darüber hinaus die Basis für die Ermittlung des Verschuldungsgrades auf Gruppenebene, der u. a. eine Zielgröße der Kapitalstruktur darstellt. Auch die Ausgaben für Investitionen sind sowohl auf Geschäftsbereichs- als auch auf Gruppenebene eine wichtige Steuerungsgröße, um eine gezielte Allokation unserer finanziellen Mittel zu erreichen.

Im Zentrum der finanziellen Ziele steht die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswerts durch die Schaffung eines Mehrwerts. D. h. wir wollen für die K+S Gruppe nachhaltig eine Prämie auf die Kapitalkosten vor Steuern in Höhe von mindestens 15% verdienen. Zur Überprüfung dieser Zielsetzung nutzen wir die Steuerungskennzahl Return on Capital Employed (ROCE) und leiten daraus mit Hilfe des gewichteten, durchschnittlichen Kapitalkostensatzes vor Steuern den Value Added ab. Auch die Kennzahlen ‚bereinigtes Ergebnis vor Ertragsteuern‘ und ‚bereinigtes Konzernergebnis nach Steuern‘ überwachen wir kontinuierlich. Letzteres bildet die Basis für die gemäß unserer Dividendenpolitik langfristig angestrebte Ausschüttungsquote von 40 bis 50%.

Compliance als Bestandteil des internen Kontrollsystems

Compliance ist selbstverständliche Grundhaltung bei allen Aktivitäten der K+S Gruppe. Das Compliance-System ist auf die Sicherstellung gesetzes- und regelkonformen Verhaltens ausgerichtet. Weitere Informationen zum Thema Compliance finden Sie in der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 3.

Risikomanagement – ein wesentlicher Bestandteil des internen Steuerungssystems

Wesentliche Aufgabe des Risikomanagements ist die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und Kommunikation von Risiken. Die identifizierten Risiken bilden die Grundlage, aus denen Maßnahmen und Kontrollen abgeleitet werden. Weitere Informationen zum Risikomanagementsystem finden Sie im Risikobericht auf Seite 30.

Internes Überwachungssystem der K+S Gruppe

Das interne Überwachungssystem soll die Einhaltung der geplanten Unternehmensziele sowie der Vorgaben des internen Steuerungssystems sicherstellen. Es besteht aus prozessintegrierten sowie prozessunabhängigen Überwachungsmaßnahmen.

Prozessintegrierte Überwachungsmaßnahmen

Prozessintegrierte Überwachungsmaßnahmen dienen dem Management operationeller Risiken. Hierunter fallen Verlustrisiken, die ihre Ursache in nicht angemessenen oder fehlerhaften internen Prozessen, Handlungen oder Systemen haben. Deren Identifikation, Bewertung und Kontrolle ist ein wesentlicher Aspekt der prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen. Bei der Gestaltung von Prozessen sind grundsätzlich Risiken für die Prozesszielerreichung zu analysieren und entsprechende Kontrollen einzurichten. Kontrollen sollen die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Fehlern in den Arbeitsabläufen bzw. aufgetretene Fehler aufdecken. So umfassen vorgelagerte Kontrollen fehlerverhindernde Maßnahmen, die sowohl in unsere Aufbau- als auch unsere Ablauforganisation integriert sind. Nachgelagerte Kontrollen werden eingesetzt, um bereits entstandene Fehler frühzeitig aufzudecken, um korrigierend einzugreifen und damit die ordnungsgemäße Prozessabwicklung sicherzustellen.

Prozessunabhängige Überwachungsmaßnahmen

Prozessunabhängige Überwachungsmaßnahmen sind weder in den Arbeitsablauf integriert, noch für das Ergebnis des überwachten Prozesses verantwortlich. Durchgeführt werden diese in der K+S Gruppe von der internen Revision. Mit den Ergebnissen von durchgeführten Prüfungen wird die jährliche Beurteilung der operativen Funktionalität des IKS unterstützt.

Forschung und Entwicklung

Mit unseren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten verfolgen wir grundsätzlich zwei Ziele:

- Die Erhöhung des Kundennutzens
- Einen möglichst effizienten Einsatz der Ressourcen

Vor diesem Hintergrund konzentrieren wir unsere Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten auf die Verfahrensoptimierung sowie die Produktneu- und weiterentwicklung. Die kontinuierliche Überprüfung und Entwicklung der von uns angewendeten Produktionsverfahren und -prozesse soll eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Rohstoffen, Kapital, Energie und Personal sicherstellen. Dazu analysieren wir neue Technologien und Materialien und betreiben eigene Forschungseinrichtungen mit den Schwerpunkten Produktentwicklung, Produktaufbereitung, Verfahrenstechnik und Analytik. Im Rahmen der Neuentwicklung und Verbesserung der von uns angebotenen Düngemittel setzen wir uns für die praxisorientierte Forschung auf dem Gebiet der Pflanzenernährung ein und erarbeiten Lösungen für den erhöhten Nahrungs- und Futtermittelbedarf aufgrund einer wachsenden Weltbevölkerung sowie sich ändernder Ernährungsgewohnheiten. Unsere landwirtschaftliche Anwendungsberatung unterstützt Kunden beim Einsatz unserer Produkte vor Ort und schafft einen Wissenstransfer in die weniger entwickelten Regionen.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2011 waren 591 Mitarbeiter (Vorjahr: 567 Mitarbeiter) bei der K+S Aktiengesellschaft beschäftigt. Davon waren 17 Auszubildende (Vorjahr: 14 Auszubildende).

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Der Umsatz der K+S Aktiengesellschaft lag mit 67,1 Mio. € moderat über dem Niveau des Vorjahres (64,0 Mio. €). Neben einem preisbedingten Anstieg der konzerninternen Verrechnungen von Serviceleistungen an Gruppengesellschaften, gab es positive preisbedingte Veränderungen bei der Granulierung von CATSAN®.

Das Ergebnis vor Ertragsteuern lag mit 578,2 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert von 344,5 Mio. € (+233,7 Mio. €). Ursächlich war ein mit 702,4 Mio. € deutlich höheres Beteiligungsergebnis (Vorjahr 480,6 Mio. €). Das Beteiligungsergebnis stieg insbesondere durch die aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der K+S KALI GmbH resultierende Gewinnabführung von 718,4 Mio. €. Im Vorjahr hatte der Ergebnisbeitrag der K+S KALI GmbH bei 449,8 Mio. € gelegen. Die Ergebnisabführung der K+S Nitrogen GmbH lag mit 56,6 Mio. € über dem Niveau des Vorjahres (32,9 Mio. €). Weitere Beteiligungserträge resultierten aus den Gewinnabführungen der K+S Entsorgung GmbH mit 8,6 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) und der K+S Transport GmbH mit 4,1 Mio. € (Vorjahr: 10,9 Mio. €). Im Vorjahr lag der Ergebnisbeitrag der K+S Salz GmbH bei 49,5 Mio. €. Das

Beteiligungsergebnis wurde im Berichtsjahr durch Aufwendungen aus der Übernahme des Verlusts der K+S Beteiligungs GmbH mit -83,0 Mio. € (Vorjahr: -67,3 Mio. €) belastet. Das Ergebnis nach Steuern unserer Gesellschaft erhöhte sich auf 392,5 Mio. € und liegt damit um 174,7 Mio. € über dem Vorjahreswert (217,8 Mio. €). Die Verbesserung des Zinsergebnis von -65,0 Mio. € auf -56,5 Mio. € ist im Wesentlichen auf höhere Geldanlagen zu einem im Vergleich zum Vorjahr höheren Zinsniveau zurückzuführen. Weiterhin war das Zinsergebnis im Vorjahr durch die Umstrukturierung des Konsortialkredits belastet.

Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen hat sich durch Veränderungen in der Kapitalausstattung von Tochtergesellschaften von 2.308,7 Mio. € auf 2.664,9 Mio. € (+356,2 Mio. €) erhöht und hat einen Anteil von 66% an der um 466 Mio. € gestiegenen Bilanzsumme (Vorjahr: 65%). Wir weisen per 31. Dezember 2011 insgesamt 141,8 Mio. € (Vorjahr: 556,6 Mio. €) Guthaben bei Kreditinstituten aus. Neben Mittelabflüssen aus dem indirekten Erwerb der Potash One wurden verstärkt Geldanlagen in kurzfristige Wertpapiere, mit dem Ziel der Risikodiversifikation, getätigt. Es bestehen keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr: 0,7 Mio. €). Den Verbindlichkeiten aus dem Cashpool stehen zum Stichtag noch nicht zahlungswirksame Ergebnisabführungen von Tochtergesellschaften gegenüber. Der Großteil der Verbindlichkeiten hat eine Laufzeit von bis zu einem Jahr. Die Eigenkapitalquote beträgt nun 40% (Vorjahr: 39%). Der Rückgang der Pensionsverpflichtungen resultiert im Wesentlichen aus der fast vollständigen Ausfinanzierung dieser Pensionsverpflichtungen. Bedingt durch höhere Vorauszahlungen auf Ertragsteuern wurden zum Stichtag keine Steuerrückstellungen ausgewiesen (Vorjahr: 49,4 Mio. €). Die Sonstigen Rückstellungen haben überwiegend langfristigen Charakter. Im Vorjahr resultierte das außerordentliche Ergebnis (-11,0 Mio. €) aus der Umstellung der handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften auf die neue Regelung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG). Die Finanzierung unserer Gesellschaft erfolgt in erheblichem Maße aus langfristig zur Verfügung stehenden Mitteln.

Anleihe

Die K+S Aktiengesellschaft hat im September 2009 erstmals eine Anleihe am Kapitalmarkt platziert. Die Schuldverschreibung hat ein Volumen von 750 Mio. € und eine Laufzeit von fünf Jahren. Mit einem Zinskupon von 5,0% p. a. und einem Emissionskurs von 99,598% betrug die Rendite bei Ausgabe 5,093% p. a. Der Mittelzufluss aus der Anleiheemission wurde zur Finanzierung eines Teils des Kaufpreises zur Übernahme von Morton Salt verwendet. Die Platzierung ermöglichte es, eine ausgewogene Laufzeitenstruktur der ausstehenden Finanzierungsinstrumente zu schaffen.

Wesentliche, für den Geschäftsverlauf ursächliche Ereignisse

Der internationale Düngemittelmarkt zeichnete sich im Jahr 2011 – wie bereits unter der Rubrik ‚Branchenspezifische Rahmenbedingungen‘ beschrieben – insbesondere in den ersten neun Monaten des Jahres 2011 durch eine starke Nachfrage aus. Dies führte dazu, dass die Kapazitätsauslastung der meisten Kaliproduzenten ein relativ hohes Niveau erreichte, so dass K+S auch angesichts eines steigenden Weltmarktpreisniveaus die Preise für granuliertes Kaliumchlorid in Europa im Verlauf des Jahres von 335 €/t auf bis zu 375 €/t anheben konnte. Die europäischen Produktionsanlagen für Stickstoffdüngemittel waren im Jahr 2011 ebenfalls gut ausgelastet; die Preise für Stickstoffdüngemittel zogen im Jahresverlauf angesichts steigender Einstandskosten deutlich an.

Die Verkäufe von Auftausalz sind erheblich von der winterlichen Witterung während des ersten und vierten Quartals abhängig. Vor diesem Hintergrund führte das positive und im Gesamtjahr über dem langjährigen Absatzdurchschnitt liegende Auftausalzgeschäft zu einem überdurchschnittlichen Umsatz- und Ergebnisbeitrag des Geschäftsbereichs Salz.

Gemäß der Zwei-Säulen-Strategie der K+S Gruppe, die vorsieht, insbesondere in den Geschäftsbereichen Kali- und Magnesiumprodukte sowie Salz zu wachsen und Managementressourcen sowie finanzielle Mittel hierauf zu fokussieren, wurde das COMPO-Geschäft mit Wirkung zum 18. Oktober 2011 an den europäischen Private-Equity-Investor Triton veräußert.

Risikobericht

Die maßgeblichen Risiken der K+S Aktiengesellschaft resultieren nicht aus der operativen Geschäftstätigkeit. Dagegen können Risiken jedoch aus dem Halten von Beteiligungen resultieren. Ein potenzielles Schadenereignis in den Beteiligungen der K+S Aktiengesellschaft könnte eine direkte oder indirekte Auswirkung auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der K+S Aktiengesellschaft haben.

Risikopolitik

Die Geschäftspolitik der K+S Gruppe ist darauf ausgerichtet, den Bestand des Unternehmens zu sichern, dauerhaft risikoadäquate Renditen zu erwirtschaften sowie den Unternehmenswert systematisch und kontinuierlich zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, erfordern die weltweiten Geschäftsaktivitäten ein permanentes, verantwortungsvolles Identifizieren und Abwägen von Risiken und Chancen. Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für ein effektives Risiko- und Chancenmanagement, das integraler Bestandteil der Unternehmensführung ist.

Chancenmanagement

In der K+S Gruppe sind Chancen- und Risikomanagement eng miteinander verknüpft. Bei Chancen handelt es sich um interne und externe Entwicklungen, die sich positiv auf den Konzern auswirken können. Unser Chancenmanagement leiten wir im Wesentlichen aus den Zielen und Strategien der Geschäftsbereiche ab und sorgen für ein ausgewogenes Chancen-Risiko-Verhältnis. Die direkte Verantwortung für das frühzeitige und regelmäßige Identifizieren, Analysieren und Nutzen von Chancen obliegt dem operativen

Management in den Geschäftsbereichen bzw. den Leitern der zentralen Holding-Einheiten. Das Chancenmanagement ist integraler Bestandteil der konzernweiten Planungs- und Steuerungssysteme. Wir beschäftigen uns dazu intensiv mit Markt- und Wettbewerbsanalysen, den relevanten Kostengrößen und wesentlichen Erfolgsfaktoren, auch im politischen Umfeld des Unternehmens. Daraus werden konkrete geschäftsbereichsspezifische Chancenpotenziale abgeleitet sowie entsprechende Ziele zwischen Vorstand und den Geschäftsbereichsverantwortlichen diskutiert und festgelegt. Ausgewählte Chancenpotenziale der K+S Gruppe werden im Kapitel ‚Chancen‘ des Prognosebericht erläutert.

Risikomanagement

Unter Risiken verstehen wir das potenzielle Eintreten interner wie externer Ereignisse, die das Erreichen unserer kurzfristigen sowie strategischen Ziele negativ beeinflussen können. Das Risikomanagement der K+S Gruppe hat zum Ziel, Risiken so früh wie möglich zu identifizieren, zu bewerten und potenzielle geschäftliche Einbußen durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen. Damit soll eine Bestandsgefährdung verhindert und durch unternehmerische Entscheidungen auf dieser Basis langfristig Wert geschaffen werden. Dazu nutzen wir konzerneinheitliche Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsysteme.

Organisation und Instrumente des Risikomanagementsystems

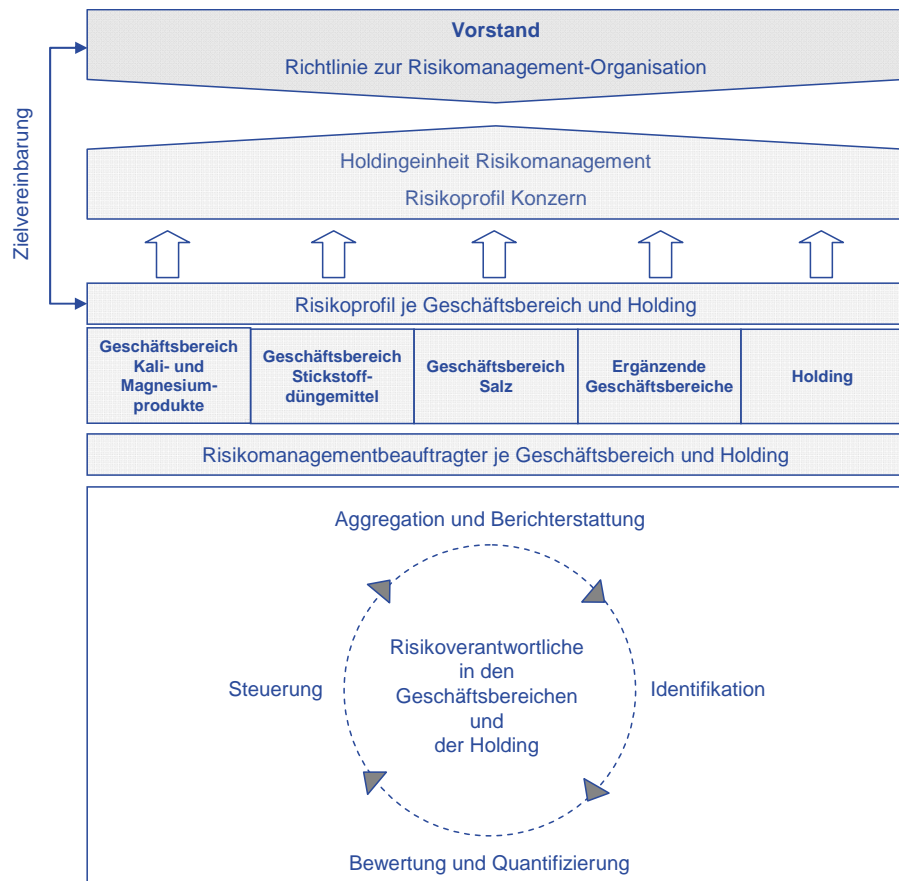
Der Vorstand hat konzernweite Grundsätze und Verhaltensregeln sowie Richtlinien für ein systematisches und effektives Risikomanagement der K+S Gruppe festgelegt. Das konzernweite Risikomanagementsystem greift auf bestehende Organisations- und Berichtsstrukturen zurück und besteht aus folgenden Elementen:

- der Richtlinie zur Risikomanagement-Organisation in der K+S Gruppe,
- der Holdingeinheit Risikomanagement,
- den Risikomanagementbeauftragten in den Geschäftsbereichen und der Holding,
- standardisierten, geschäftsbereichsspezifischen Risikoprofilen,
- Informationen über die vollständige, quantifizierte Risikosituation im Rahmen der Zielvereinbarung zwischen Vorstand und den Verantwortlichen der Geschäftsbereiche und der Holdingeinheiten,
- der regelmäßigen, einheitlichen Risikoberichterstattung auf Konzern- und Geschäftsbereichsebene sowie
- der Sofort-Berichterstattung bei Eilbedürftigkeit.

Die Richtlinie zur Risikomanagement-Organisation in der K+S Gruppe enthält risikopolitische Grundsätze und Prozesse des Risikomanagements. In ihr werden die Aufgaben und Befugnisse der am Risikomanagementprozess Beteiligten geregelt. So obliegt die direkte Verantwortung für die Identifizierung, Bewertung, Steuerung und Kommunikation der Risiken dem operativen Management in den Geschäftsbereichen bzw. den zentralen Holding-Einheiten. Ebenso werden die Anforderungen an die Risikoberichterstattung, zu denen auch die Meldeschwellen für Risiken gehören, verbindlich definiert.

Die Holdingeinheit Risikomanagement koordiniert den Risikomanagementprozess und wird durch Risikomanagementbeauftragte in den Geschäftsbereichen unterstützt.

Risikomanagementsystem der K+S Gruppe



Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems der K+S Gruppe wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Weiterhin ist die Prüfung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit des Risikofrüherkennungssystems der K+S Aktiengesellschaft Gegenstand der Abschlussprüfung des Wirtschaftsprüfers.

Risikoidentifikation

Die regelmäßige Identifikation von Risiken erfolgt dezentral in den Geschäftsbereichen und der Holding mittels unterschiedlicher Instrumente. Die eingesetzten Methoden der Risikoeermittlung reichen von Markt- und Wettbewerbsanalysen über enge Kontakte zu Kunden, Lieferanten und Institutionen bis zur Verfolgung von Risikoindikatoren aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umfeld.

Risikobewertung und Quantifizierung

Identifizierte Risiken werden nach einer einheitlichen Methodik bewertet. Für jedes Risiko quantifizieren wir die Eintrittswahrscheinlichkeit und neben dem Brutto- auch das Nettoschadenpotenzial; letzteres beinhaltet Effekte aus Gegensteuerungsmaß-

nahmen. Kann das Bruttoschadenpotenzial durch wirksame und angemessene Maßnahmen zuverlässig gemindert werden, liegt der Fokus der Betrachtung auf dem Nettoschadenpotenzial. Dieser Ansatz ermöglicht ein Verständnis dafür, welchen Einfluss einzelne risikomindernde Maßnahmen haben. Zusätzlich wird ein so genannter Erwartungswert des Ergebniseffekts durch Multiplikation des Nettoschadenpotenzials mit der Eintrittswahrscheinlichkeit ermittelt. Die Risikobewertung erfolgt unter zeitlichen Gesichtspunkten sowohl für das laufende Jahr als auch für einen Zeithorizont von drei bzw. zehn Jahren. Erwartete Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von größer 50 % werden in der Mittelfristplanung bzw. Jahreshochschätzung mit entsprechenden Ergebnisabschlägen berücksichtigt.

Risikosteuerung

Ein Baustein des Risikomanagements ist die Entwicklung von geeigneten gegensteuernden Maßnahmen unter Einbeziehung alternativer Risikoszenarien. Maßnahmen zur Risikovermeidung oder Risikoverminderung haben das Ziel, das Schadenpotenzial bzw. die Eintrittswahrscheinlichkeit zu verringern. Dabei können Risiken auch auf einen Dritten (z.B. durch Abschluss einer Versicherung) übertragen werden. Die Entscheidung über die Umsetzung entsprechender Maßnahmen berücksichtigt auch die Kosten in Verbindung mit der Effektivität möglicher Maßnahmen.

Risikoaggregation und Berichterstattung

Unser Risikomanagementsystem soll eine transparente Darstellung der Risikosituation gewährleisten. Die Risiken aus den Geschäftsbereichen und der Holding werden auf Konzernebene aggregiert. Der Risikoberichterstattung liegt ein Schwellenwertkonzept zugrunde. Danach müssen die Geschäftsbereiche Risiken unabhängig von der Eintrittswahrscheinlichkeit berichten, wenn definierte Schwellenwerte für das Brutto- oder das Nettoschadenpotenzial erreicht werden. Auf Konzernebene beobachten wir Risiken ab einer Eintrittswahrscheinlichkeit von mindestens 5% und einem Nettoschadenpotenzial von gleichzeitig mindestens 10 Mio. €.

Vierteljährlich erhält der Vorstand über ein standardisiertes Berichtswesen einen Überblick über die aktuelle Risikosituation. Kurzfristig auftretende, wesentliche Risiken werden bei Eilbedürftigkeit unabhängig von den üblichen Berichtswegen unverzüglich direkt an den Vorstand berichtet. Der Aufsichtsrat wird durch den Vorstand ebenfalls regelmäßig und zeitnah, bei Eilbedürftigkeit unverzüglich informiert.

Risikomanagement in Bezug auf Finanzinstrumente

Die finanzwirtschaftliche Zielsetzung der K+S Gruppe ist es, finanzielle Risiken (z.B. Kursänderungsrisiko, Zinsänderungsrisiko, Ausfallrisiko und Liquiditätsrisiko) durch ein systematisches Finanzmanagement zu begrenzen. Dazu ist in der K+S Aktiengesellschaft ein zentrales Finanzierungsmanagement eingerichtet. Darüber hinaus steuert die K+S Gruppe ihre Kapitalstruktur und nimmt unter Berücksichtigung der erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegebenenfalls Anpassungen vor. Ziel der Steuerung der Kapitalstruktur ist es, die Finanzierung des operativen Geschäfts und der Investitionstätigkeit des Unternehmens nachhaltig sicherzustellen.

Aus unseren internationalen Geschäftsaktivitäten können währungsbedingte Marktpreisrisiken entstehen, denen wir im Rahmen unseres Währungsmanagements durch Sicherungsgeschäfte entgegenwirken. Interne Verfahrensanweisungen und Leitlinien bestimmen die zulässigen Sicherungsstrategien bzw. Sicherungsinstrumente, Zuständigkeiten, Abläufe und Kontrollmechanismen. Weitere Marktpreisrisiken können sich aus Veränderungen von Rohstoffpreisen (z.B. Energie) bzw. Transportkosten (z.B. Seefrachten) ergeben. Sofern hierzu gezielt derivative Finanzinstrumente eingesetzt werden, gelten analoge Regelungen. Die Sicherungsinstrumente werden ausschließlich zur Sicherung von Grundgeschäften, nicht aber zu Handels- oder Spekulationszwecken eingesetzt. Finanzgeschäfte werden nur mit geeigneten Banken abgeschlossen. Durch ein regelmäßiges Monitoring wird die Eignung der Gegenparteien bzw. die Einhaltung von Positionslimiten fortlaufend überprüft. Ferner schreibt die Leitlinie zur weiteren Begrenzung von Ausfallrisiken eine ausgewogene Verteilung der derivativen Finanzinstrumente auf verschiedene Institute vor. Der Abschluss von Sicherungsgeschäften erfolgt zum einen für bereits entstandene Grundgeschäfte. Damit wollen wir Wechselkursrisiken aus bilanzierten Grundgeschäften (i.d.R. Forderungen) weitgehend vermeiden. Zum anderen schließen wir Sicherungsgeschäfte für zukünftige Geschäfte ab, mit denen auf Basis empirisch belastbarer Erkenntnisse mit hoher Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann (antizipative Sicherungsgeschäfte). Antizipative Sicherungsgeschäfte zielen auf eine Verringerung der Wechselkursrisiken künftiger Geschäftsjahre ab. Eine weitergehende Erläuterung der Sicherungsgeschäfte finden Sie in der Darstellung der Risiken aus Wechselkursschwankungen auf Seite 51.

Beschreibung der wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess der K+S Aktiengesellschaft (§ 289 Abs. 5 HGB)

Das interne Kontrollsystem in der K+S Aktiengesellschaft umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bzw. der Einhaltung der maßgeblichen Vorschriften.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften für die Einzelabschlüsse der K+S Aktiengesellschaft und deren inländische Tochtergesellschaften nach den handelsrechtlichen Regelungen und ergänzenden Vorschriften sind in Richtlinien und Buchungsanweisungen dokumentiert.

Neue Vorschriften und Änderungen bestehender Regelungen zur Rechnungslegung werden zeitnah auf ihre Auswirkungen hin analysiert und, sofern diese für uns relevant sind, in Richtlinien und Rechnungslegungsprozessen umgesetzt.

Nach der im Laufe dieses Jahres vorgesehenen IT-Integration von Morton Salt verfügen wir über eine gruppenweit gemeinsame IT-Plattform, einen einheitlichen Konzern-Kontenplan und maschinell standardisierte Rechnungslegungsprozesse. Durch diese Standardisierung ist eine ordnungsgemäße und zeitnahe Erfassung der wesentlichen Geschäftsvorfälle sichergestellt. Für zusätzliche manuelle Erfassungen buchhalterischer

Vorgänge bestehen verbindliche Regelungen. Bilanzielle Bewertungen, wie z.B. die Überprüfung der Werthaltigkeit der Geschäfts- und Firmenwerte oder die Kalkulation bergbaulicher Verpflichtungen, erfolgen durch konzerninterne Sachverständige. In Einzelfällen, etwa bei der Bewertung von Pensionsverpflichtungen, wird die Bewertung durch externe Gutachter durchgeführt.

Prozessintegrierte bzw. -unabhängige Überwachungsmaßnahmen sind Bausteine des internen Kontrollsystems. Einen wesentlichen Bestandteil der prozessintegrierten Maßnahmen bilden die maschinellen IT-Prozesskontrollen. Neben manuellen Prozesskontrollen, wie z.B. dem „Vier-Augen-Prinzip“, existiert eine organisatorische Trennung von Verwaltungs-, Ausführungs-, Abrechnungs- und Genehmigungsfunktionen. Weitere Überwachungsaufgaben werden durch Konzerneinheiten, wie z.B. die zentrale Steuerabteilung, wahrgenommen. Die interne Revision ist mit prozessunabhängigen Prüfungstätigkeiten in das interne Kontrollsystem eingebunden.

Die Jahresabschlüsse der prüfungspflichtigen Gesellschaften werden durch unabhängige Abschlussprüfer geprüft; dies ist die wesentliche prozessunabhängige Überwachungsmaßnahme. Die Kontrolle der Jahresabschlüsse der nicht prüfungspflichtigen inländischen Gesellschaften erfolgt durch die interne Revision.

Übersicht der Unternehmensrisiken

Nachfolgend finden Sie die Darstellung der Risiken, die sich (im Wesentlichen über die Tochtergesellschaften) auf die K+S Aktiengesellschaft auswirken könnten.

Wesentliche Risiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben, wobei aus deren Reihenfolge keine Rückschlüsse auf deren Eintrittswahrscheinlichkeit oder das potenzielle Schadensmaß zu ziehen sind.

Dabei werden jeweils der mögliche Eintritt und die Wirkung von Risiken nach Gegensteuerungsmaßnahmen unter den derzeitigen Rahmenbedingungen eingeschätzt; dies erfolgt aus Konzernsicht und bezieht sich auf den Zeitraum der Mittelfristplanung.

Die Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeit eines Risikos erfolgt nach den Kriterien

unwahrscheinlich (Eintrittswahrscheinlichkeit: < 5%)

möglich (Eintrittswahrscheinlichkeit: 5 - 50%)

wahrscheinlich (Eintrittswahrscheinlichkeit: > 50%)

Die Bewertung der möglichen Wirkung erfolgt nach den qualitativen Kriterien

moderat

wesentlich

bestandsgefährdend

Eine Veränderung der Rahmenbedingungen gegenüber unserer Mittelfristplanung kann im Zeitverlauf zu einer Neubewertung unserer Einschätzungen führen und wird entsprechend in unserer Zwischenberichterstattung kommuniziert.

Untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die für die K+S Aktiengesellschaft wesentlichen Risiken, deren Eintrittswahrscheinlichkeit und mögliche finanzielle Auswirkungen. Neue Risiken und Abweichungen bei der Eintrittswahrscheinlichkeit bestehender Risiken im Vergleich zum Vorjahr sind in Klammern angegeben.

Übersicht der Unternehmensrisiken

	Eintritts- wahrscheinlichkeit	Mögliche finanzielle Auswirkungen
Externe und branchenspezifische Risiken		
Einflüsse durch gesamtwirtschaftliche Entwicklung	möglich	wesentlich
Schwankungen bezüglich Nachfrage und Preis	möglich	wesentlich
Saisonale Nachfrageschwankungen	möglich	moderat
Einflüsse von politischen und sozialen Veränderungen	unwahrscheinlich	wesentlich
Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen		
Risiken aus der Veränderung bzw. Versagung behördlicher Genehmigungen	möglich	wesentlich
Risiken aus der Veränderung von Arbeitsplatzgrenzwerten	möglich	moderat
Risiken nach Wegfall des Anti-Dumping-Schutzes	möglich	moderat
Steuerrechtliche Risiken	möglich	moderat
Operative und strategische Risiken		
Risiken aus Akquisitionen und Investitionen	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus Veränderungen bei strategischen Partnerschaften (neues Risiko)	möglich	moderat
Risiken aus der Verteuerung von Ammoniak und Phosphat	möglich	moderat
Risiken aus Lieferantenausfällen und Lieferengpässen	unwahrscheinlich	moderat
Energiekosten- und Energieversorgungsrisiken	möglich	moderat
Frachtkosten- und Transportverfügbarkeitsrisiken	möglich	moderat
Produktionstechnische Risiken	möglich	moderat
Risiken aus Umweltschäden durch Gebirgsschlag	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus Kohlendioxid-Einschlüssen in Lagerstätten	möglich	moderat
Risiken aus Wasserzutritt	unwahrscheinlich	wesentlich
Personalrisiken	unwahrscheinlich	moderat
Compliance-Risiken	unwahrscheinlich	wesentlich
Informationssicherheitsrisiken	unwahrscheinlich	moderat
Finanzwirtschaftliche Risiken		
Risiken durch Wechselkursschwankungen	möglich	moderat
Risiken aus einer Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus	unwahrscheinlich (bisher: möglich)	moderat
Risiken aus dem Forderungsausfall von Kunden und Ausfallrisiko von Finanzinstituten	unwahrscheinlich	moderat
Liquiditätsrisiken	unwahrscheinlich	wesentlich
Risiken aus einer Veränderung des Unternehmensratings	unwahrscheinlich	moderat

Externe und branchenspezifische Risiken

Einflüsse durch gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Nachfrageverhalten nach Düngemitteln der K+S Gruppe wird erheblich durch das allgemeine Wirtschaftswachstum sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die damit einhergehenden steigenden Lebensstandards in relevanten Märkten beeinflusst. Steigender Wohlstand führt hauptsächlich in Schwellenländern zu einem veränderten Ernährungsverhalten, das sich insbesondere in einem gesteigerten Fleischkonsum widerspiegelt. Da die Produktion von Fleisch ein Vielfaches an Getreide, Soja und anderen als Viehfutter verwendeten Produkten erfordert, führt dies zu einem steigenden Bedarf an Agrarrohstoffen, der wiederum eine erhöhte Nachfrage nach Düngemitteln nach sich zieht.

Die Weltwirtschaft wird vermutlich auch im Jahr 2012 von der Staatsschuldenkrise im Euroraum, Unsicherheiten über den Zustand des Finanzsektors und der finanzpolitischen Diskussion in den Vereinigten Staaten beeinflusst sein. Die internationalen Preise für Agrarprodukte sollten sich allerdings aufgrund anhaltender Knappheit auf einem für die Landwirtschaft lukrativen Niveau halten. Vor diesem Hintergrund sollte sich auch die Düngemittelnachfrage positiv entwickeln. Es besteht allerdings das Risiko, dass die Staatsschuldenkrise im Euroraum an Schärfe zunimmt oder das Finanzsystem insgesamt unter einer anhaltenden Vertrauenskrise leiden wird. In diesem Fall wäre eine Rezession im Euroraum nicht auszuschließen. Auch die Preise für Agrarprodukte könnten dann auf ein Niveau fallen, das bei den Landwirten Verunsicherung über ihre künftige Ertragssituation auslöst und damit deren Nachfrageverhalten nach Düngemitteln negativ beeinflusst. In Abhängigkeit von Dauer und Intensität könnte dieses mögliche Szenario einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben.

Der Einfluss der allgemeinen Wirtschaftslage auf die Nachfrage nach Auftau-, Speise- und Gewerbesalzen ist hingegen von untergeordneter Bedeutung, da das Geschäft nur wenig konjunkturabhängig ist.

Schwankungen bezüglich Nachfrage und Preis

Vor allem die Produkte unseres Geschäftsfelds Düngemittel können erheblichen Schwankungen in Nachfrage und Preis unterliegen. Durch äußere Einflüsse, auf deren Eintreten oder Ausbleiben wir in aller Regel keinen Einfluss haben, kann die Nachfrage nach unseren Produkten auf den relevanten Absatzmärkten stark zurückgehen und zu einem Druck auf das Preisniveau führen. Zu diesen Einflüssen zählen etwa weltweite Naturkatastrophen oder auch regionale Konjunkturschwankungen, sinkende Weltmarktpreise von wichtigen Agrarerzeugnissen, der Markteintritt neuer Anbieter, eine Konzentration auf der Nachfrageseite sowie eine bewusste Kaufzurückhaltung unserer Kunden.

Diese möglichen Ereignisse können in Abhängigkeit von Dauer und Intensität einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben. Da die Nachfrage nach Agrarprodukten und damit nach Düngemitteln von Megatrends wie der wachsenden Weltbevölkerung, einem steigenden Lebensstandard in den Schwellenländern und der Entwicklung des Bioenergiesektors getragen wird und Düngemittel mit ihrer ertrags- und qualitätssteigernden Wirkung somit in der Agrarproduktion eine zentrale Rolle spielen, sehen wir langfristig allerdings eine positive Entwicklung.

Der Eintritt neuer Wettbewerber in den internationalen Kalimarkt könnte zu einer spürbaren Verschiebung der Branchenstruktur führen. So haben kapitalstarke Bergbaukonzerne, wie z.B. BHP Billiton und Vale, angekündigt, mittel- bis langfristig in neue Kaliprojekte zu investieren. Ein aggressiver Ausbau neuer Kalikapazitäten durch einen bislang branchenfremden Produzenten könnte gegebenenfalls mit einer Verstärkung des Wettbewerbsdrucks einhergehen, wenn der Markt für diese zusätzlichen Mengen nicht in voller Höhe aufnahmebereit ist oder der neue Wettbewerber sich über eine aggressive Preispolitik am Markt zu etablieren versucht. Da jedoch sowohl der Bau neuer Kalikapazitäten als auch der Erwerb eines bedeutenden Kaliproduzenten sehr kapitalintensiv ist, dürfte aufgrund der daraus resultierenden hohen Kapitalkosten eine derartige Verdrängungspolitik – wenn überhaupt – nur von kurzer Dauer sein. Vor diesem Hintergrund erachten wir eine dauerhaft aggressive Preispolitik von Marktteilnehmern, die eine wesentliche Wirkung auf unsere erwarteten Ergebnisse hätte, als unwahrscheinlich.

Saisonale Nachfrageschwankungen

Ein signifikantes Absatzrisiko für die Geschäftsbereiche Kali- und Magnesiumprodukte, Stickstoffdüngemittel sowie Salz resultiert insbesondere aus der Saisonalität der Nachfrage, speziell aufgrund der Witterungsabhängigkeit. Eine dauerhaft nasskalte Witterung während der insbesondere für Europa wichtigen Frühjahrsaison kann beispielsweise zu Absatzverschiebungen oder gar -einbußen bei Düngemitteln führen. Ebenso können milde Winter in den Hauptabsatzgebieten für Auftausalz (Europa, Nordamerika) den Absatz in dieser Produktgruppe erheblich verringern. Dieser Schwankungsanfälligkeit begegnen wir mit regionaler Diversifizierung, bedarfsorientierter Produktionssteuerung und flexiblen Arbeitszeitmodellen. Eine Absicherung durch spezielle Derivate wurde aufgrund der aus unserer Sicht nach wie vor unattraktiven Marktbedingungen für diese Instrumente bisher nicht vorgenommen. Entsprechende Beeinträchtigungen durch Witterungseinflüsse halten wir für möglich, deren Wirkung bewerten wir in Relation zu den erwarteten Ergebnissen jedoch als moderat.

Darüber hinaus führt der Aufbau und Abbau von Lagerbeständen durch unsere Kunden in Abhängigkeit von deren Erwartung hinsichtlich der zukünftigen Nachfrage- und Marktpreisentwicklung, der Witterung oder deren Liquiditätsmanagement zu einer schwankenden Nachfrage. Dies kann zu einer Unterauslastung der Produktionskapazität und damit zu steigenden Stückkosten führen. K+S bietet der Handelsstufe z.B. über ein Staffelpreissystem finanzielle Anreize, um deren Einlagerungsbereitschaft zu fördern. Trotzdem ist nicht auszuschließen, dass die Handelsstufe bei hohen Marktschwan-

kungen auf eine Voreinlagerung verzichtet. Dadurch könnten in der Düngehauptsaison so hohe Mengenanforderungen auf uns zukommen, dass einerseits die Vorräte in unseren Lägern nicht ausreichen oder diese andererseits aufgrund logistischer Engpässe nicht vollständig bedient werden können. Das Gleiche gilt für den Salzbereich, wenn Städte, Gemeinden, Straßenmeistereien – auch mit Blick auf die öffentliche Kassenlage – in der Nebensaison zu geringe Vorräte an Auftausalz aufbauen. Derartige mögliche Effekte können sich moderat auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken sowie die Vergleichbarkeit der Quartalsabschlüsse erschweren.

Einflüsse von politischen und sozialen Veränderungen

Wir üben unsere Geschäftstätigkeit in einer Vielzahl von Ländern aus. Tiefgreifende Veränderungen von politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Produktions- und Absatzländern sowie in den Herkunftsländern von Zulieferern können nicht ausgeschlossen werden. In einigen der Länder, in die unsere Produkte exportiert werden oder aus denen wir Roh- oder Hilfsstoffe beziehen, sind die allgemeinen wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen nicht immer stabil. Wir sind dadurch von einer Reihe von Faktoren abhängig, auf die wir wenig oder gar keinen Einfluss haben. Zu diesen Faktoren zählen unter anderem politische Instabilität, entschädigungslose Enteignungen von Betriebsvermögen, Vorschriften zur Fremdwährungskontrolle und sonstige negative Auswirkungen im Zusammenhang mit Wechselkursen sowie Handelsbeschränkungen. Solche negativen Einflüsse könnten eine wesentliche Wirkung auf die Wachstumsperspektiven und auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe haben, sind derzeit in den für K+S in Bezug auf Produktion und Absatz relevanten Ländern jedoch unwahrscheinlich.

Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen

Risiken aus der Veränderung bzw. Versagung behördlicher Genehmigungen

Entsorgung von Salzabwässern

Aufgrund von öffentlichen und politischen Diskussionen über künftig höhere Anforderungen an die Umweltverträglichkeit der Produktionsprozesse zur Herstellung von Kali- und Magnesiumprodukten sind Einflüsse auf die Erteilung und den Bestand von Betriebsgenehmigungen, Planfeststellungsbeschlüssen sowie von wasserrechtlichen Erlaubnissen möglich. Im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte entstehen unter anderem flüssige Rückstände (Salzabwässer) sowohl aus der laufenden Produktion als auch durch Niederschläge auf die Rückstandshalden. Auf der Grundlage bestehender Genehmigungen werden die Salzabwässer zum Teil in Flüsse eingeleitet oder in unterirdische Gesteinsschichten (Plattendolomit) versenkt. Die Feststellung einer wesentlichen Verminderung bisher prognostizierter Versenkmöglichkeiten bzw. die vorzeitige, vollständige Inanspruchnahme genehmigter Versenkräume sowie der Befund einer möglichen Beeinflussung von Trink- oder nutzbaren Grundwasserressourcen durch die Versenkung ließe eine unveränderte Verlängerung bestehender Versenkungsgenehmigungen unwahrscheinlich erscheinen und könnte eine sofortige teilweise oder gar vollständige Aufhebung von Versenkungsgenehmigungen zur Entsorgung flüssiger Rückstände nach sich ziehen. Darüber hinaus könnten die gegenwärtig für die Einleitung der Salzabwässer in Oberflächengewässer genehmigten Grenzwerte für

zukünftige Einleitungsgenehmigungen herabgesetzt werden. Verlängerungen der bestehenden Versenkungs- und Einleitungsgenehmigungen bzw. deren Neuerteilung können mit Auflagen verbunden sein, die zu wesentlichen Zusatzkosten für eine Vorbehandlung der Produktionsrückstände oder zu erheblichen Produktionsreduzierungen an den betroffenen Standorten führen. Wir halten es für möglich, dass auslaufende Genehmigungen nicht verlängert bzw. nur eingeschränkt erteilt werden; dies hätte schlimmstenfalls eine Einstellung der Produktion und ggf. Schließung der betroffenen Standorte mit erheblichen negativen Personalauswirkungen zur Folge; daraus würden sich nachhaltige und wesentliche Beeinträchtigungen der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe ergeben.

Für die an der Werra gelegenen Standorte Hattorf, Unterbreizbach und Wintershall, mit einem Anteil an der gesamten Kali-Produktionskapazität der K+S Gruppe von etwa 45 %, wurde eine neue bis November 2015 befristete Versenkungsgenehmigung erteilt. Die Einleitungsgenehmigung ist bis Ende November 2012 befristet. Wir haben im Oktober 2008 ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt, das mit einem Investitionsvolumen von bis zu 360 Mio. € die Versenkung und die Einleitungen von Salzabwässern bis 2015 nochmals erheblich reduzieren wird. Ergänzend wurde mit den Ländern Hessen und Thüringen eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen, in der sich die Vertragspartner gemeinsam zu nachhaltigem wirtschaftlichen Handeln, der Sicherung der Arbeitsplätze und einem schonenden Umgang mit der Natur für die nächsten 30 Jahre bekennen. Es besteht jedoch keine Gewähr, dass Genehmigungen auf dieser Grundlage verlängert bzw. neu erteilt werden. Mithin kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Investitionen an den betroffenen Standorten notwendig werden, die Produktionskosten weiter steigen und ggf. sogar die Schließung dieser Produktionsstandorte aufgrund einer nachhaltigen Unwirtschaftlichkeit erforderlich sein kann. Die Verminderung fester und flüssiger Produktionsrückstände in der Kaliproduktion wird auch weiterhin zu den Schwerpunkten unserer Forschungs- und Entwicklungstätigkeit gehören.

Da die dauerhafte lokale Entsorgung von einigen Seiten in Frage gestellt wird, kann eine langfristige Genehmigung des derzeitigen lokalen Konzepts nicht als gesichert angenommen werden. Deshalb hat sich K+S entschlossen, parallel zur Umsetzung der lokalen Maßnahmen auch Genehmigungsanträge für standortferne Entsorgungswege, d.h. Fernleitungen zur Oberweser und zur Nordsee, vorzubereiten. Dies geschieht ungeachtet des Umstands, dass die Prüfkriterien für Fernleitungen aus Sicht des Unternehmens derzeit nicht erfüllt sind: Es müssen der gemeinsame politische Wille auf Landes- und Bundesebene gegeben, Bau und Betrieb der Fernleitung sowie die Einleitung von Salzlösungen langfristig genehmigungsfähig, die Maßnahme ökologisch sinnvoll und Bau und Betrieb der Fernleitung wirtschaftlich zumutbar und verhältnismäßig sein, bevor eine Entscheidung über den Bau einer Fernleitung getroffen werden kann – eine solche Entscheidung ist mit der Vorbereitung der Anträge daher nicht verbunden.

Das Kaliwerk Neuhof-Ellers hat die Versenkung von Salzabwässern in den Plattendolomit nach vollständiger Inanspruchnahme des Versenkraums eingestellt. Um die ordnungsgemäße Entsorgung der dort anfallenden Haldenwässer weiterhin gewährleisten zu können, erfolgt im Einklang mit geltenden Genehmigungen bis zur Fertigstellung einer beantragten Salzabwasserleitung der Transport der Salzabwässer per Bahn und LKW zum nächstgelegenen Standort, dem Werk Werra. Der Erörterungstermin für Bau und Betrieb dieser Salzabwasserleitung hat Ende 2011 stattgefunden; den Planfeststellungsbeschluss erwarten wir im Verlauf des ersten Halbjahres 2012.

Entsorgung von festen Produktionsrückständen

An den Gewinnungsstandorten des Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte werden feste Rückstände derzeit im Rahmen bestehender Genehmigungen aufgehaldet. Sollten Aufhaldungsgenehmigungen widerrufen oder notwendige Haldenerweiterungen nicht oder nur unter unzumutbar hohen Auflagen genehmigt werden, fehlt den Betrieben die Entsorgungsmöglichkeit für diese Rückstände. Die alternative Verbringung der Rückstände als Feuchtversatz in die vorhandenen Grubenhohlräume ist nur in begrenztem Umfang möglich. Auf längere Sicht stößt die Versatzeinbringung physisch an Grenzen, da hierbei nur eine wesentlich geringere Verdichtung erreicht wird, als sie das Rohsalz in der Lagerstätte aufweist. Darüber hinaus würden hohe Zusatzkosten verursacht, die in keinem wirtschaftlich vertretbaren Verhältnis zum Nutzen stehen. Mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe bewerten wir als wesentlich.

Haldenerweiterung

Das Verwaltungsgericht Hannover hat am 18. November 2009 den Klagen vom BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) und vom Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) stattgegeben und den Planfeststellungsbeschluss des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen (LBEG) vom 10. August 2007 sowie den Änderungsbeschluss vom 13. März 2009 zur Haldenerweiterung des Werks Sigmundshall aufgehoben. Im Planfeststellungsbeschluss war die Abdeckung der Halde eine Voraussetzung für die Erweiterung der Aufhaldung von Produktionsrückständen. Auf die Berufung des LBEG und der K+S Kali GmbH hat das Obergericht Lüneburg mit Urteilen vom 24. Juni 2011 die Klagen von BUND und NABU abgewiesen und die Revision gegen die Urteile nicht zugelassen. Gegen diese Entscheidung wenden sich Beschwerden von BUND und NABU, über die das Bundesverwaltungsgericht noch nicht entschieden hat. Kurzfristig ergeben sich damit keine Einschränkungen für den Betrieb des Kaliwerks Sigmundshall. Die Zulassung der Revision halten wir für unwahrscheinlich, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe wären mittelfristig moderat.

Sicherheitsleistungen

Die Forderung nach insolvenzsicheren Sicherheitsleistungen für die Ewigkeitskosten der Haldenverwahrung und für betriebseigene Deponien ist in Zukunft nicht auszuschließen. Derzeit werden die erforderlichen Aufwendungen für die planmäßige Nachsorge der Halden bilanziell über Rückstellungen abgebildet. Sofern zusätzlich zur Rück-

stellungsbildung Sicherheitsleistungen hinterlegt werden müssten, würden finanzielle Mittel gebunden; dies könnte den finanziellen Spielraum des Unternehmens begrenzen. Mögliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe bewerten wir mittelfristig als moderat.

Risiken aus der Veränderung von Arbeitsplatzgrenzwerten

Risiken für unsere Bergbauaktivitäten in Deutschland können aus der EU-Initiative zur Festsetzung von indikativen Arbeitsplatzgrenzwerten für Stickstoffmonoxid (NO) und Stickstoffdioxid (NO₂) sowie Kohlenmonoxid (CO) entstehen, wenn diese die Gegebenheiten der Produktion unter Tage nicht ausreichend berücksichtigen. Würden Grenzwerte deutlich herabgesetzt, könnten erhebliche Investitionen zur Einhaltung der Grenzwerte notwendig werden. Sollten die Arbeitsplatzgrenzwerte derart verschärft werden, dass die Produktion an den betreffenden Standorten unter Einhaltung dieser Grenzwerte mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand oder technisch insgesamt nicht mehr möglich wäre, könnte uns dies sogar zwingen, diese Standorte langfristig zu schließen. Es ist das Bestreben, durch eine intensive Zusammenarbeit zwischen der EU-Kommission, den nationalen Regierungen sowie den betroffenen Unternehmen und deren Interessenverbänden langfristig sinnvolle, realistische Grenzwerte zu erreichen. Mittelfristig sind Beeinträchtigungen möglich, die wir derzeit als moderat einschätzen.

Risiken nach Wegfall des Anti-Dumping-Schutzes

Die K+S Gruppe steht im Düngemittelgeschäft auch mit Produzenten aus Russland und Weißrussland im Wettbewerb, die entweder in Staatseigentum stehen, in erheblichem Maße Subventionen, wie z. B. verbilligte Gaslieferungen oder vergünstigte Eisenbahntransporte, empfangen oder sonst direkt oder indirekt von Seiten des Staates finanzielle Unterstützung erfahren. Diese Wettbewerber könnten dadurch ihre Produkte zu besseren Konditionen anbieten als solche Hersteller, die keine vergleichbare staatliche Unterstützung erhalten. Im Juli 2006 wurden daher folgerichtig die bestehenden handelspolitischen Maßnahmen, die Einfuhren von Kaliumchlorid aus Russland und Weißrussland betreffend, mit Anpassungen um fünf Jahre bis zum 13. Juli 2011 verlängert.

Im April 2011 hatte die EUROPEAN POTASH PRODUCERS ASSOCIATION (APEP) termingerecht bei der Europäischen Kommission einen Antrag auf Verlängerung dieser handelspolitischen Maßnahmen eingereicht. Mit der Europäischen Kommission fanden in den darauf folgenden Wochen auf Basis dieses Antrags ausführliche Konsultationen statt. Als Ergebnis war festzustellen, dass die strukturell wettbewerbsverzerrenden Praktiken durch die gegenwärtig positiven Marktverhältnisse derart überlagert werden, dass die Chancen für eine Verlängerung der handelspolitischen Maßnahmen als gering eingeschätzt werden mussten. Die APEP hat daher ihren Antrag vorerst zurückgezogen und wird mit der Europäischen Kommission in einem konstruktiven Dialog bleiben. Die APEP behält sich allerdings vor, bei veränderter Marktlage erneut einen Antrag auf Wiedereinführung handelspolitischer Maßnahmen zum Schutz gegen wettbewerbsverzerrende Praktiken bei der Europäischen Kommission einzureichen.

Mittelfristig ist ein Anstieg der russischen und weißrussischen Liefermengen über das Niveau der bisher realisierten Lieferungen in die EU möglich. Die Auswirkungen bewerten wir unter den derzeitigen Marktbedingungen als moderat.

Steuerrechtliche Risiken

Im Bereich der Energiesteuern können die als energieintensive Unternehmen eingestuftes Tochtergesellschaften der K+S Gruppe in Deutschland derzeit den sogenannten Spitzenausgleich nutzen. Die maßgeblichen Regelungen wurden von der EU-Kommission bis 2012 genehmigt und gewähren Unternehmen des produzierenden Gewerbes für bestimmte Energieerzeugnisse und Strom, die sie zu betrieblichen Zwecken verwenden, Entlastungen von der Energie- und der Stromsteuer. Im Rahmen des Haushaltskonsolidierungsgesetzes wurde dieser Spitzenausgleich mit Wirkung ab 2011 von bisher 95% auf 90% abgesenkt. Dadurch ergab sich eine leichte Verteuerung unserer energieintensiven Produktion in Deutschland. Für eine Nachfolgeregelung ab 2013 werden politisch bereits erste Überlegungen angestellt. Wir beteiligen uns aktiv an dieser Diskussion, um einen Fortbestand dieser oder eine vergleichbare Anschlussregelung zu erreichen. Ein vollständiger Wegfall des Spitzenausgleichs ist möglich und würde im Vergleich zu der derzeit noch bestehenden Rechtslage zu energiesteuerlichen Mehrbelastungen und zu Wettbewerbsnachteilen für unsere inländischen energieintensiven Unternehmen führen, die wir als moderat einschätzen.

Operative und strategische Risiken

Unternehmensstrategische Risiken können sich im Wesentlichen aus einer Fehleinschätzung künftiger Marktentwicklungen und, daraus abgeleitet, in einer Fehlansichtung der unternehmerischen Ziele und der dazugehörigen M&A-Aktivitäten, Beteiligungen sowie Investitionen und Deinvestitionen ergeben. Unsere Vision und Mission stecken den Rahmen für unsere Geschäftstätigkeit und die strategische Ausrichtung der Geschäftsbereiche der K+S Gruppe ab und sollen unseren Mitarbeitern, Aktionären, Fremdkapitalgebern, Kunden, Lieferanten und der Öffentlichkeit die Grundlage für unser Denken und Handeln erläutern. Dazu berät der Vorstand gemeinsam mit den Geschäftsbereichsleitungen regelmäßig die strategische Ausrichtung mit ihren Chancen und Risiken. Grundlegende Strategieänderungen sind nicht zu erwarten.

Risiken aus Akquisitionen und Investitionen

K+S beobachtet das Marktumfeld hinsichtlich geeigneter Akquisitionsprojekte bzw. Kooperationen. Wenn es unter strategischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorteilhaft erscheint, akquirieren oder verkaufen wir Unternehmen bzw. Unternehmensteile. An jede Akquisition sowie Erweiterungsinvestition stellen wir gruppenweit die Renditeanforderung, eine Prämie auf unsere Kapitalkosten zu verdienen. Weitere Informationen finden Sie auf Seite 26 unter ‚Finanzielle Steuerungskennzahlen‘. Risiken könnten sich aus der Integration von Mitarbeitern, Prozessen, Technologien und Produkten sowie durch Veränderungen rechtlicher Verpflichtungen und politischer Restriktionen ergeben. Unerwartet hohe Integrationskosten könnten die Realisierung der geplanten Ziele und Synergien gefährden. Zudem könnten Akquisitionen den Verschuldungsgrad und die Finanzierungsstruktur nachteilig beeinflussen. Abschrei-

bungen auf im Zusammenhang mit Akquisitionen entstandene Geschäfts- und Firmenwerte könnten aufgrund unvorhergesehener Geschäftsentwicklungen zu Belastungen führen. Von zentraler Bedeutung sind insoweit sorgfältige Unternehmensbewertungen, in welche die Erkenntnisse aus der Unternehmensprüfung (Due Diligence) und weiterer Analysen einfließen. In der Entscheidungsphase unterstützen externe Spezialisten unsere Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die auch Risikobetrachtungen mit unterschiedlichen Szenarien beinhalten. Getätigte Akquisitionen werden von Integrationssteams intensiv begleitet. Wesentliche Beeinträchtigungen halten wir hier für unwahrscheinlich.

Die K+S Gruppe hat im Jahr 2011 das kanadische Unternehmen Potash One vollständig übernommen und in die K+S Potash Canada GP überführt. K+S Potash Canada GP besitzt mehrere Kali-Explorationslizenzen in der kanadischen Provinz Saskatchewan einschließlich eines bereits fortgeschrittenen Greenfield-Projekts zur Errichtung eines Solbetriebes (Legacy Projekt). Die ersten beiden Ausbaustufen des Projekts führen zu einer Produktionskapazität von 2,86 Mio. t Kaliumchlorid bei einem vorgesehenen Investitionsvolumen von rund 3,25 Mrd. CAD. Es besteht die Möglichkeit, das Projekt langfristig auf eine Produktionskapazität von bis zu 4 Mio. t Kaliumchlorid pro Jahr auszubauen. Zwischen der Akquisitionsentscheidung und dem Produktionsbeginn liegt eine mehrjährige Bauphase. Alle zu Beginn des Projekts getroffenen Annahmen und Schätzungen unterliegen im Zeitverlauf potenziellen geschäftlichen, wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unwägbarkeiten. Das Risiko besteht darin, dass die ursprünglichen Erwartungen nicht erfüllt werden könnten, obwohl im Vorfeld eine intensive Due Diligence und eine Überarbeitung der vorhandenen Machbarkeitsstudie erfolgt ist und die geologischen, technischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sorgfältig geprüft wurden. Faktoren, die einen gravierenden Einfluss in der Bauphase haben könnten, wären z.B. unerwartete geologische Störungen, technische Schwierigkeiten bei der Erschließung der Lagerstätte, eine schwierige Beschaffung von qualifizierten Fach- und Führungskräften, Kostensteigerungen benötigter Materialien sowie Änderungen der lokalen Gesetzgebung, Genehmigungen und Vorschriften. Die genannten Einflüsse könnten unter Umständen zu einem Wertberichtigungsbedarf auf das erworbene Vermögen und auf in der Anlaufphase getätigte Investitionen führen, darüber hinaus stünde die erwartete Produktionsmenge erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung. Das hätte eine wesentliche Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, ist jedoch derzeit unwahrscheinlich.

Risiken aus Veränderungen bei strategischen Partnerschaften

Im Geschäftsbereich Stickstoffdüngemittel bestehen zur Sicherung der Versorgung unserer Geschäftsaktivitäten Liefer- und Lohnherstellungsverträge mit BASF über die Herstellung von und Belieferung mit Stickstoffprodukten. Die vertraglichen Regelungen enthalten eine Verpflichtung für BASF, ihre Produktionskapazitäten zur Herstellung von Vertragsprodukten ausschließlich der K+S Gruppe zur Verfügung zu stellen bzw. die Vertragsprodukte ausschließlich für die K+S Gruppe herzustellen. BASF beabsichtigt, diese Düngemittelproduktion an Eurochem zu veräußern. Das Closing wird für Ende des 1. Quartals 2012 erwartet. Es besteht das Risiko, dass die Liefer- und Lohnherstel-

lungsverträge gekündigt werden, was mehrheitlich frühestens zum 31. Dezember 2014 möglich ist. Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage könnte moderat beeinträchtigt werden; diesbezügliche Einflüsse halten wir für möglich.

Risiken aus der Verteuerung von Ammoniak und Phosphat

Die Herstellkosten der von BASF für uns produzierten stickstoff- und phosphathaltigen Düngemittel werden in hohem Maße von den Weltmarktpreisen für Ammoniak und Phosphat bestimmt. Bei schwieriger werdendem Wettbewerbsumfeld mag es bei Stickstoffdüngemitteln nicht immer gelingen, Kostensteigerungen in vollem Umfang über die Preise weiterzugeben; das daraus erwachsende mögliche Risiko für K+S wird jedoch als moderat eingestuft.

Risiken aus Lieferantenausfällen und Lieferengpässen

Die Anzahl der Lieferanten für Roh- und Hilfsstoffe wie Ammoniak (siehe Ausführungen zum Preisrisiko aus der Verteuerung von Ammoniak), Phosphat, Sprengstoffe, schwefelarmer Dieseltreibstoff sowie die erforderliche technische Ausstattung einschließlich Ersatzteile ist begrenzt. Lieferengpässe, -ausfälle oder -boykotte, auf die wir nur sehr wenig oder gar keinen Einfluss haben, könnten zu einer eingeschränkten Verfügbarkeit von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sowie bergbauspezifischer Maschinenausstattung und Ersatzteilen und damit zu einer erheblichen Kostensteigerung oder einer Produktionsbeeinträchtigung führen. Mit Marktanalysen, gezielter Lieferantenauswahl bzw. -bewertung, langfristigen Liefervereinbarungen, klar definierten Qualitätsstandards sowie modernen Einkaufsmethoden verringern wir diese Beschaffungsrisiken. Ein verbleibendes Beschaffungsrisiko könnte moderate Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben; wir halten den Schadeneintritt jedoch für unwahrscheinlich.

Energiekosten- und Energieversorgungsrisiken

Die Energiekosten der K+S Gruppe werden insbesondere durch den Verbrauch von Erdgas bestimmt. Dies gilt in unterschiedlicher Ausprägung für sämtliche Geschäftsbereiche. Energiepreise sind häufig starken Schwankungen unterworfen. Deutliche Energiepreissteigerungen gegenüber dem aktuellen Preisniveau können in Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Zur Begrenzung dieses Risikos wird der Erdgasbedarf unserer Kali- und Salzproduktion in Europa durch die Nutzung von Dampf aus Ersatzbrennstoff-Heizwerken kontinuierlich reduziert. Das Preisrisiko beim Erdgasbezug wird darüber hinaus durch folgende Instrumente abgemildert: Neben der gezielten Nutzung von Festpreisvereinbarungen (z.B. vertragliche Sicherung der Erdgaspreise für bis zu zwei Jahre bei Morton Salt) haben wir mit einigen Lieferanten auch Energielieferverträge mit Zeitverzugs Klauseln vereinbart. Das verbleibende Restrisiko kann selektiv durch Absicherungsgeschäfte begrenzt werden. Es besteht keine Gewähr, dass wir uns gegen Preisschwankungen bei Energieträgern vollständig absichern oder Energiekostensteigerungen an unsere Kunden weitergeben können. Ferner sind wir auf die Zuverlässigkeit der Energielieferungen angewiesen, sodass bei kurzfristiger Unterbrechung des Gasbezugs Risiken für die Versorgungssicherheit bestehen. Risiken aus Energiekosten und Energieversorgung,

die eine moderate Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, halten wir für möglich.

Frachtkosten- und Transportverfügbarkeitsrisiken

Unsere Gesamtkosten werden in nicht unerheblichem Maße von Frachtkosten beeinflusst. Während die Produkte unseres Geschäftsbereichs Kali- und Magnesiumprodukte in unseren sechs Bergwerken in Deutschland gefördert werden, erzielen wir im vergangenen Jahr 40 % des entsprechenden Umsatzes in Europa außerhalb von Deutschland und 45% in Übersee. Im Geschäftsbereich Salz haben wir Produktionsstätten in Europa, Nord- und Südamerika. Kennzeichnend für die Geschäftstätigkeit ist der zum Teil lange Transportweg, den unsere Produkte bei gleichzeitig hohen Transportvolumina zurücklegen müssen. Eine Verknappung des zur Verfügung stehenden Frachtraums könnte zu höheren Kosten führen. Ferner entstehen bei steigenden Mineralölpreisen erhebliche Mehrkosten. Es besteht keine Gewähr, dass höhere Transportkosten stets an die Kunden weitergegeben werden können. Durch langfristige Frachtraumsicherung mit hohem Festpreisanteil und Nutzung kostengünstiger Container-Transporte begegnen wir solchen Entwicklungen; darüber hinaus kommen selektiv auch Absicherungsgeschäfte zum Einsatz, um die Effekte aus Preisschwankungen zu begrenzen. Die hohe Transportintensität unserer Geschäftstätigkeit bedingt zudem eine erhebliche Abhängigkeit von den jeweiligen infrastrukturellen Gegebenheiten, wie Häfen, Straßen, Bahnstrecken und Verlademöglichkeiten. Ein Ausfall oder Engpass könnte die Produktions- oder Absatzmöglichkeiten einschränken. Entsprechende Beeinträchtigungen aus steigenden Frachtraten oder eingeschränkter Transportverfügbarkeit halten wir für möglich, sehen sie aber in Relation zu den erwarteten Ergebnissen als moderat an.

Produktionstechnische Risiken

Die Produktionsanlagen der K+S Gruppe, die unter anderem für Bergbauaktivitäten, Verarbeitung von Rohstoffen und Einlagerung von Gefahrstoffen genutzt werden, zeichnen sich durch eine hohe Leistungsfähigkeit aus. Aufgrund von Betriebs- und Unfallrisiken, denen die Anlagen, Produktionsstätten, Läger und Verladeanlagen ausgesetzt sind, können Betriebsstörungen eintreten sowie Personen-, Sachschäden und Umweltbelastungen entstehen. Durch den Einsatz vielfältiger Überwachungs-, Erkundungs- und Kontrollsysteme wollen wir potenzielle Produktionsrisiken frühzeitig erkennen und entsprechend reagieren. Mit Maßnahmen zur Qualitätssicherung, vorbeugender Instandhaltung und kontinuierlicher Anlagenkontrolle werden diese Risiken verringert. Dazu trägt auch die ständige Weiterentwicklung unserer Anlagen und Produkte bei. Für Feuerschäden und damit verbundene Produktionsausfälle sowie für anderweitige Betriebsunterbrechungen haben wir entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Aufgrund unserer Vorsorgemaßnahmen bewerten wir die verbleibenden möglichen produktionstechnischen Risiken als moderat.

Risiken aus Umweltschäden durch Gebirgsschlag

Unsere Bergbauaktivitäten beinhalten das spezifische Risiko einer plötzlich auftretenden großflächigen und unter Umständen starken Absenkung der Erdoberfläche (Gebirgsschlag). Sollte dies eintreten, könnte es neben dem teilweisen oder vollständigen Verlust des Bergwerks und der Beschädigung der Anlagen zu erheblichen Schädigungen am Eigentum Dritter sowie zu Personenschäden und Todesfällen kommen. Zur Sicherung der Tagesoberfläche, der langzeitsicheren Standfestigkeit und somit der Vermeidung von solchen Gebirgsschlägen trägt unsere auf umfangreiche Forschungsarbeiten gestützte, fachgerechte Dimensionierung der Salzpfeiler in den Grubengebäuden bei. Eine ständige Überwachung der Grubengebäude liefert ggf. rechtzeitig Hinweise, ob zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Grubengebäude und zur Vermeidung von Bergschäden erforderlich sind. Solche negativen Einflüsse hätten eine wesentliche Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe, sind jedoch unwahrscheinlich.

Risiken aus Kohlendioxid-Einschlüssen in Lagerstätten

Kohlendioxid-Einschlüsse stellen in bestimmten Bergwerken ein latentes Gefahrenpotenzial dar. Sollte Kohlendioxid aus diesen Einschlüssen unkontrolliert ausbrechen, könnte die K+S Gruppe für damit im Zusammenhang stehende Schäden oder Verletzungen haftbar gemacht werden, Schäden an eigenem Gerät erleiden und Produktionseinschränkungen oder -ausfällen ausgesetzt sein. Um Auswirkungen auf Menschen, Maschinen und Lagerstätten so gering wie möglich zu halten, wird die Gewinnung unter Tage stets unter Beachtung von besonderen Sicherheitsrichtlinien für eventuelle CO₂-Ausbrüche durchgeführt. Das mögliche Schadenpotenzial halten wir für moderat.

Risiken aus Wasserzutritt

Grundsätzlich bestehen in Grubenbetrieben unter Tage hydrogeologische Risiken, die – sofern nicht beherrschbar – wesentliche Schäden nach sich ziehen könnten. Zur Absicherung der Gruben erfolgt eine umfangreiche Exploration mittels Seismik, Bohrungen und Georadar. Die Bewahrung von Schutzschichten und die ausreichende Dimensionierung der Sicherheitspfeiler gewährleisten eine höchstmögliche Grubensicherheit. Durch kontinuierliche, planmäßige Instandhaltungsmaßnahmen an den Schächten ist ein Zuflussrisiko von Grundwasser nahezu auszuschließen. Wegen der Höhenlage der Schachtansatzpunkte ist auch bei Hochwasser nicht mit dem Zutritt von Oberflächenwässern in die Grubengebäude zu rechnen. Aufgrund unserer umfangreichen Vorsorgemaßnahmen halten wir den Eintritt dieses Risikos für unwahrscheinlich.

Personalrisiken

Kompetenz und Engagement unserer Mitarbeiter sind wichtige Faktoren für unsere erfolgreiche Entwicklung. Der Wettbewerb um qualifizierte Führungskräfte und Fachkräfte ist in allen Regionen, in denen wir tätig sind, intensiv. Das gilt derzeit auch für den Ausbau unserer Geschäftsaktivitäten in Kanada zur Erschließung neuer Produktionskapazitäten. Der Verlust wichtiger Mitarbeiter in strategischen Positionen könnte insbesondere in neu akquirierten Unternehmen ein Risiko darstellen.

Unser künftiger Erfolg hängt zum Teil davon ab, inwiefern es uns dauerhaft gelingt, Ingenieure und anderes Fachpersonal einzustellen, zu integrieren, dauerhaft an das Unternehmen zu binden sowie Führungspositionen adäquat zu besetzen. In Zukunft kommen außerdem insbesondere in Europa und Nordamerika demografische Herausforderungen auf uns zu. Damit erhöht sich das Risiko, für offene Stellen geeignete Bewerber nicht oder nur verzögert zu finden. Ebenso stellen wir bereits jetzt fest, dass freie Ausbildungsplätze zunehmend schwerer zu besetzen sind. Wir haben daher in 2011 mit einer differenzierten Altersstrukturerhebung begonnen. Damit analysieren wir, wie sich der Personalbedarf durch den demografischen Wandel verändern wird. So wollen wir der Gefahr eines Know-how-Verlusts durch altersbedingte Abgänge und unbeabsichtigte Fluktuation entgegenwirken.

Wir begegnen diesen Risiken außerdem mit einer Reihe von personalpolitischen Maßnahmen. Dazu gehören eine frühzeitige Nachwuchssicherung, zukunftsgerichtete Fach- und Führungskräfteentwicklung sowie die Vermittlung von interkultureller Kompetenz. Weitere Angebote sind leistungsorientierte Vergütungssysteme sowie eine Beteiligung am Unternehmenserfolg, vorbildliche Sozialleistungen, attraktive Arbeitszeitregelungen und -modelle sowie Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Unsere Führungskräfte haben die Möglichkeit, an einem auf die langfristige Entwicklung des Unternehmens ausgerichteten Vergütungsprogramm teilzunehmen. In Abhängigkeit vom prognostizierten Geschäftserfolg variiert der diesbezügliche Rückstellungsbedarf und führt zu einer entsprechenden Steigerung oder einem Rückgang der Personalkosten.

Es ist unser Bestreben, in allen für uns relevanten Regionen als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Mit dieser Strategie und einer verstärkten Zusammenarbeit mit ausgewählten Hochschulen bieten wir qualifizierten Mitarbeitern vielversprechende berufliche Perspektiven mit umfangreichen Weiterbildungs- und internationalen Entwicklungsmöglichkeiten. Schlüsselpositionen werden regelmäßig im Hinblick auf eine vorausschauende Nachfolgeplanung analysiert, geeignete Kandidaten werden auf diese Aufgaben vorbereitet. Darüber hinaus bemüht sich die K+S Gruppe um ein gutes und konstruktives Verhältnis zu ihren Mitarbeitern und deren Gewerkschaften, in denen diese, insbesondere in Deutschland und in Nordamerika, weitgehend organisiert sind.

Insgesamt halten wir selbst moderate Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aufgrund der beschriebenen Personalrisiken für unwahrscheinlich.

Compliance-Risiken

Die Einhaltung von geltendem Recht, Unternehmensrichtlinien und vom Unternehmen anerkannten regulatorischen Standards sind Bestandteil unserer Unternehmenskultur und damit Aufgabe und Verpflichtung eines jeden Mitarbeiters. Zur Sicherstellung regelkonformen Verhaltens haben wir ein konzernweites Compliance-Programm etabliert, welches u. a. Mitarbeiterschulungen zu den Risikofeldern Kartell-/Wettbewerbsrecht und Anti-Korruption vorsieht. Schwerwiegende Verstöße durch einzelne Mitarbeiter, die eine wesentliche Wirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, halten wir für unwahrscheinlich.

Informationssicherheitsrisiken

Unsere IT-Systeme unterstützen nahezu alle Unternehmensfunktionen in hohem Maße. Ihre Verfügbarkeit ist in Dienstleistungsverträgen geregelt. Das Risiko der Informationssicherheit liegt in dem Verlust der Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Authentizität der Daten durch externe Angriffe (z.B. Hacker, Viren) sowie interne Gefahren (z.B. Technikausfall, Sabotage).

Unser Management von Informationssicherheitsrisiken orientiert sich an der Norm DIN ISO 31000 Risikomanagement – Grundsätze und Richtlinien. Mit der Einrichtung eines an der Norm DIN ISO 27001 ausgerichteten Informationssicherheitsmanagements wurde eine wesentliche Voraussetzung für das Management von IT-Risiken geschaffen. Um unsere Geschäftsprozesse vor derartigen Risiken zu schützen, informieren wir uns über neueste Entwicklungen und ergreifen technische sowie organisatorische Maßnahmen, die das Eintreten von Risiken möglichst ausschließen sollen. Hierbei ist die redundante Auslegung der IT-Systeme und ihrer Infrastruktur von besonderer Bedeutung. So betreiben wir unser Rechenzentrum als Zwei-Standorte-System, und auch die Komponenten der Infrastruktur (Stromversorgung, Datenleitungen etc.) sind doppelt ausgelegt. Den gewachsenen Sicherheitsanforderungen an die IT-Organisation werden wir durch die Funktionen IT-Compliance, den IT-Sicherheitsbeauftragten und den Datenschutzbeauftragten gerecht. Unsere betrieblichen Konzepte und Organisationsrichtlinien sind prozessorientiert. Die Prozesse richten sich am ITIL-Standard aus, z.B. in den Bereichen Monitoring, Datensicherung, Zugangskontrolle, Störungsmanagement und Business Continuity Management. Unabhängige Gutachter überprüfen permanent die Wirksamkeit unserer Maßnahmen zur Informationssicherheit.

Ein kurzzeitiger Ausfall der IT-Systeme von wenigen Stunden ist möglich. Einen längeren Ausfall von bis zu 7 Tagen halten wir jedoch aufgrund der beschriebenen Vorsorgemaßnahmen für unwahrscheinlich, die Auswirkungen schätzen wir als moderat ein.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Die K+S Gruppe ist aufgrund der weltweiten operativen Geschäftstätigkeit verschiedenen finanziellen Risiken ausgesetzt. Hierzu zählen das Kursänderungsrisiko (insbesondere Währungsrisiko), das Zinsänderungsrisiko, das Ausfallrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie daraus resultierende Zahlungsstromschwankungen. Marktpreisrisiken aus der Veränderung von Energiepreisen und Frachtraten sowie aus der Verteuerung von Ammoniak bewerten wir als operative Risiken; diese werden auf Seite 46 beschrieben. Sofern zur Absicherung gegen die jeweiligen Risiken derivative Finanzinstrumente zum Einsatz kommen, werden diese bei der Beschreibung des Risikomanagements in Bezug auf Finanzinstrumente auf Seite 33 weitergehend erläutert.

Risiken durch Wechselkursschwankungen

Ein Währungsrisiko resultiert aus Geschäften, die nicht in unserer funktionalen Währung (Euro) abgeschlossen werden. Bei diesem Risiko unterscheiden wir weiter zwischen Transaktions- und Translationsrisiken.

Während der überwiegende Anteil der Umsätze der K+S Gruppe in Euro abgerechnet wird, lag der Umsatzanteil in US-Dollar im Geschäftsjahr 2011 bei knapp 40% des Konzernumsatzes. Daneben wurden Umsätze in untergeordneter Größenordnung auch in anderen Landeswährungen (z.B. kanadischer Dollar, chilenischer Peso und britisches Pfund) getätigt. Unser Ergebnis ist deshalb Wechselkursschwankungen ausgesetzt. Dies kann dazu führen, dass bei Geschäften der Wert der erbrachten Leistung nicht mit dem Wert der erhaltenen Gegenleistung übereinstimmt, weil Einnahmen und Ausgaben zu unterschiedlichen Zeitpunkten in verschiedenen Währungen anfallen (Transaktionsrisiken). Wechselkursschwankungen, insbesondere zum US-Dollar, wirken sich bisher im Geschäftsbereich Kali- und Magnesiumprodukte besonders auf die Höhe der Erlöse und Forderungen aus. Künftig werden durch die Investitionen unserer Tochtergesellschaft K+S Potash Canada GP in ein neues Kali-Projekt auch signifikante Wechselkursrisiken zum kanadischen Dollar entstehen.

Außerdem ergeben sich Währungseffekte bei Tochtergesellschaften, deren funktionale Währung nicht der Euro ist (Translationsrisiken), da zum einen die in Fremdwährung ermittelten Ergebnisse dieser Gesellschaften ergebniswirksam zu Durchschnittskursen, zum anderen das Nettovermögen zu Stichtagskursen in Euro umgerechnet wird.

Wechselkursschwankungen können sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe auswirken. Um diesen Wechselkursrisiken entgegenzuwirken, setzen wir derivative Finanzinstrumente ein. Im Rahmen der Transaktionssicherung werden wesentliche Nettopositionen je Währung mit Hilfe von Derivaten, i. d. R. durch Optionen und Termingeschäfte, gesichert. Diese gewährleisten einen unbedingten worst-case-Wechselkurs. Die Nettopositionen werden anhand der Erlös- und Kostenplanung unter Anwendung von Sicherheitsabschlägen bestimmt und fortlaufend aktualisiert, um Über- oder Unsicherungen zu vermeiden. Daneben werden geplante Ergebnisse gegen Translationsrisiken gesichert, sofern diese von wesentlicher Bedeutung sind.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Fremdwährungssicherungssystem finden Sie im Rahmen des Risikomanagements in Bezug auf Finanzinstrumente auf Seite 33. In Anbetracht der derzeitigen Rahmenbedingungen halten wir das mögliche Risiko aus Wechselkursschwankungen für moderat.

Risiken aus einer Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus

Ein Zinsänderungsrisiko ergibt sich aus marktbedingten Schwankungen des allgemeinen Zinsniveaus. Veränderungen der Marktzinsen wirken sich einerseits auf zukünftige Zinszahlungen für variabel verzinsliche Verbindlichkeiten sowie auf Zinserträge für variabel verzinsliche Geldanlagen und andererseits auf die Marktwerte von Finanzinstrumenten aus.

Für unsere Finanzverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2011 bestehen Festzinsvereinbarungen. Die Geldanlagen haben überwiegend eine kurzfristige Zinsbindung, da diese für anstehende Investitionen vorgehalten werden. Zur Steuerung dieses Risikos werden regelmäßig Zinsanalysen erstellt.

Das Risiko von signifikanten Zinsänderungen erscheint im Anbetracht der derzeitigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen eher unwahrscheinlich (bisher: möglich), etwaige Auswirkungen wären als moderat zu bewerten.

Risiken aus dem Forderungsausfall von Kunden und Ausfallrisiko von Finanzinstituten

Unter Ausfallrisiko ist das teilweise oder vollständige Ausbleiben von vertraglich zugesicherten Verpflichtungen seitens eines oder mehrerer Vertragspartner zu verstehen.

Wir unterhalten mit vielen Kunden ausgedehnte Geschäftsbeziehungen. Sollten einer oder mehrere Großkunden nicht in der Lage sein, die vertraglichen Verpflichtungen uns gegenüber zu erfüllen oder zahlungsunfähig werden, könnten uns hieraus entsprechende Verluste entstehen. Risiken aus Zahlungsausfällen sind konzernweit größtenteils durch Kreditversicherungen gedeckt. Der Verzicht auf eine Forderungssicherung erfolgt nur nach einer kritischen Überprüfung der Kundenbeziehung und einer ausdrücklichen Genehmigung, die abhängig von der Größenordnung durch die Geschäftsbereichsleitung bzw. durch das zuständige Vorstandsmitglied erfolgen muss. Die Morton Salt Gruppe hat eigene Sicherungsinstrumente implementiert, um solche Risiken effektiv zu begrenzen.

Ausfallrisiken bestehen auch im Hinblick auf Finanzinstitute, mit denen wir Sicherungsgeschäfte abgeschlossen haben, bei denen Kreditlinien bestehen oder bei denen Geld angelegt wurde. Dieses Risiko hat sich in jüngster Zeit aufgrund der Finanzkrise erhöht und wird dadurch begrenzt, dass Finanzgeschäfte nur mit Instituten getätigt werden, die aufgrund unseres internen Monitoringprozesses als geeignet eingestuft werden. Neben dem Rating sind u.a. die Sätze für Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) maßgeblich.

Bürgschaften und Ausfallgarantien bestehen lediglich zwischen Gesellschaften der K+S Gruppe, nicht jedoch für Dritte.

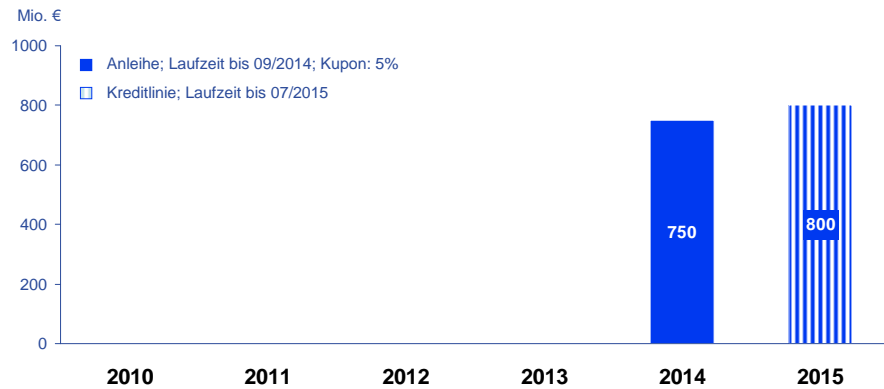
Ein potenzieller Forderungsausfall bzw. Ausfall einer Bank könnte zu einer moderaten Beeinträchtigung der Finanzlage der K+S Gruppe führen. Aufgrund der vorgenommenen Maßnahmen zur Forderungssicherung bzw. der beschriebenen Auswahl der Finanzinstitute sowie der Diversifizierung halten wir dies jedoch für unwahrscheinlich.

Liquiditätsrisiken

Ein Liquiditätsrisiko besteht darin, dass zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen benötigte Finanzmittel nicht termingerecht beschafft werden und infolgedessen erhöhte Refinanzierungskosten anfallen können. Aus diesem Grund besteht das wesentliche Ziel unseres Liquiditätsmanagements in der Sicherstellung jederzeitiger Zahlungsfähigkeit. Der Liquiditätsbedarf wird grundsätzlich über unsere Liquiditätsplanung ermittelt und ist über zugesagte Kreditlinien und flüssige Mittel gedeckt.

Bei Geldanlagen verfolgen wir das Ziel, die Erträge aus liquiden Mitteln risikoarm zu optimieren. Zur Sicherstellung dieses Ziels erfolgt ein Monitoring bezüglich der Eignung der Kontrahenten. Besondere Abhängigkeiten von einzelnen Kreditgebern bestehen nicht. Im Rahmen der bestehenden Kreditlinien ist K+S Verpflichtungen (Financial Covenants) eingegangen, bestimmte Finanzkennzahlen einzuhalten. Im Fall eines Verstoßes gegen diese Verpflichtungen ist eine vorzeitige Kündigung dieser Finanzierungen durch die Fremdkapitalgeber möglich. Eine Verletzung der derzeit gültigen Financial Covenants erscheint aufgrund deutlich positiver Finanzkennzahlen jedoch unwahrscheinlich. Die im September 2009 emittierte Anleihe mit einem Volumen von 750 Mio. € und einer Laufzeit von fünf Jahren unterliegt nicht der Pflicht zur Einhaltung bestimmter Finanzkennzahlen. Mit Blick auf die Fälligkeitsstruktur unserer Verbindlichkeiten halten wir für die K+S Aktiengesellschaft ein wesentliches Liquiditäts- oder Finanzierungsrisiko für unwahrscheinlich.

Fälligkeitsprofil der Finanzverbindlichkeiten (Angaben in Mio. €)



Risiken aus einer Veränderung des Unternehmensratings

Ratings dienen der Beurteilung der Bonität von Unternehmen und werden i. d. R. von externen Ratingagenturen durchgeführt. Das Rating liefert insbesondere für Kreditinstitute und institutionelle Investoren Anhaltspunkte für die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit von Unternehmen und hat u. a. Auswirkungen auf die Kosten und Verfügbarkeit von Finanzierungsmöglichkeiten.

Die K+S Gruppe ist derzeit von den Ratingagenturen Standard & Poor's und Moody's Investors Service im „Investment Grade“ bewertet. Der Ausblick wird von beiden Ratingagenturen angesichts unserer starken Finanzkennzahlen „stabil“ eingestuft (Standard & Poor's Emittenten-Rating: BBB+ stabiler Ausblick, Moody's Emittenten-Rating: Baa2 stabiler Ausblick). Ratingherabstufungen, insbesondere der Verlust der Einstufung in die Kategorie „Investment Grade“, könnten sich negativ auf Finanzierungsmöglichkeiten und -konditionen auswirken. Herabstufungen können beispielsweise die Stellung von Sicherheiten gegenüber Gläubigern erfordern sowie die Bereitschaft von Geschäftspartnern, mit der K+S Gruppe Geschäfte zu tätigen, beeinträchtigen. Bei bestehenden Kreditlinien müssten unter Umständen höhere Zinsmargen gezahlt werden; gleichzeitig könnten sich neue Kreditlinien verteuern. Wir halten das Risiko einer Herabstufung des Kreditratings in den „Non-Investment“-Bereich für unwahrscheinlich; die Wirkung bewerten wir als moderat.

Entwicklung der Kreditratings

Standard & Poor's

Datum	Rating	Ausblick
08. September 2011	BBB+	stabil
17. Januar 2011	BBB	positiv
29. Oktober 2010	BBB	stabil
30. November 2009	BBB	stabil
27. August 2009	BBB	negativ
18. Juni 2009	BBB+	negativ
23. April 2009	BBB+	stabil

Moody's

Datum	Rating	Ausblick
29. November 2010	Baa2	stabil
31. März 2010	Baa2	stabil
4. September 2009	Baa2	negativ
23. April 2009	Baa2	stabil

Beurteilung der Gesamtrisikosituation

Die Einschätzung des Gesamtrisikos erfolgt durch den Vorstand auf Grundlage des Risikomanagementsystems in Verbindung mit den eingesetzten Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsystemen. Dazu werden die Risiken aus allen Geschäftsbereichen und Funktionen aggregiert. Die Gesamtrisikosituation der K+S Gruppe ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die Entwicklung der Unternehmensrisiken finden Sie in der Darstellung auf Seite 37. Zu den wesentlichen potenziellen Risiken der zukünftigen Entwicklung der K+S Gruppe gehören insbesondere Risiken aus Schwankungen von Angebot und Nachfrage und Risiken aus der Veränderung bzw. Versagung behördlicher Genehmigungen.

Hinsichtlich der erläuterten Risiken und auf Basis der Erkenntnisse der mittelfristigen Planung erwartet der Vorstand zum jetzigen Zeitpunkt keine gravierenden Risiken für die zukünftige Entwicklung, die einzeln oder in Wechselwirkung mit anderen Risiken zu einer dauerhaften und bestandsgefährdenden Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Gruppe führen könnten. Diese Einschätzung wird durch die Bewertung der Ratingagenturen bestätigt. Künftige Chancen sind in die Beurteilung des Gesamtrisikos nicht eingeflossen. Organisatorisch haben wir alle Voraussetzungen geschaffen, um mögliche Chancen und Risiken frühzeitig erkennen und entsprechend handeln zu können.

Nachtragsbericht

Nach Ende des Geschäftsjahres ergaben sich keine signifikanten Änderungen bei den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. unserer Branchensituation. Es gibt auch

Versicherung der gesetzlichen Vertreter der K+S Aktiengesellschaft

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der K+S Aktiengesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der K+S Aktiengesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der K+S AKTIENGESELLSCHAFT beschrieben sind.

Kassel, 2. März 2012

K+S Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Zukunftsbezogene Aussagen

Dieser Lagebericht enthält Angaben und Prognosen, die sich auf die künftige Entwicklung der K+S AKTIENGESELLSCHAFT und ihrer Gesellschaften beziehen. Die Prognosen stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht eintreffen oder Risiken – wie die im Risikobericht angesprochenen – eintreten, so können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten Ergebnissen abweichen.

Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben in T €	2011	2010
Umsatzerlöse	67.088	63.959
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	74.228	71.251
Bruttoergebnis vom Umsatz	-7.140	-7.292
Vertriebskosten	4.217	2.823
Allgemeine Verwaltungskosten	34.585	34.143
Forschungskosten	5.114	4.732
Sonstige betriebliche Erträge	53.808	27.264
Sonstige betriebliche Aufwendungen	70.416	38.384
Beteiligungsergebnis	702.427	480.548
Zinsergebnis	-56.525	-64.950
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	578.238	355.488
Außerordentliches Ergebnis	-	-11.006
Ergebnis vor Ertragsteuern	578.238	344.482
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	185.694	126.660
Jahresüberschuss	392.544	217.822
Gewinnvortrag	34.292	7.870
Einstellung in die Gewinnrücklagen	166.785	-
Bilanzgewinn	260.051	225.692

Bilanz

Angaben in T€	31.12.2011	31.12.2010
Immaterielle Vermögensgegenstände	100	161
Sachanlagen	17.247	16.957
Finanzanlagen	2.647.581	2.291.593
Anlagevermögen	2.664.928	2.308.711
Vorräte	1.187	1.129
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.009.469	699.251
Wertpapiere	219.311	-
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	141.754	556.554
Umlaufvermögen	1.371.721	1.256.934
Rechnungsabgrenzungsposten	1.857	6.408
AKTIVA	4.038.506	3.572.053

Entwicklung des Anlagevermögens

Angaben in T€	Bruttobuchwerte				Stand am 31.12.2011
	Stand am 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.325	31	242	-	6.114
Geleistete Anzahlungen	-	11	-	-	11
	6.325	42	242	-	6.125
Sachanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	55.009	40	1.960	-	53.089
Technische Anlagen und Maschinen	29.234	736	293	184	29.861
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.447	2.408	178	82	18.759
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	266	175	-	- 266	175
	100.956	3.359	2.431	-	101.884
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.290.336	387.868	90.000	-	2.588.204
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	27.216	-	216	-	27.000
Beteiligungen	66	-	-	-	66
Ausleihungen an sonstige Beteiligungen	420	-	130	-	290
Wertpapiere des Anlagevermögens	-	16.000	-	-	16.000
Sonstige Ausleihungen und andere Finanzanlagen	103	42.503	37	-	42.569
	2.318.141	446.371	90.383	-	2.674.129
Anlagevermögen	2.425.422	449.772	93.056	-	2.782.138

Angaben in T€	31.12.2011	31.12.2010
Gezeichnetes Kapital	191.400	191.400
Kapitalrücklage	701.616	701.616
Gewinnrücklagen	452.000	285.480
Bilanzgewinn	260.051	225.692
Eigenkapital	1.605.067	1.404.188
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	5.928	31.415
Steuerrückstellungen	-	49.379
Sonstige Rückstellungen	160.338	145.997
Rückstellungen	166.266	226.791
Verbindlichkeiten	2.267.173	1.941.074
PASSIVA	4.038.506	3.572.053

Abschreibungen				Nettobuchwerte	
Stand am 01.01.2011	Zugänge	Abgänge	Stand am 31.12.2011	Stand am 31.12.2011	Stand am 31.12.2010
6.164	103	242	6.025	89	161
-	-	-	-	11	-
6.164	103	242	6.025	100	161
45.295	282	1.384	44.193	8.896	9.714
25.396	860	291	25.965	3.896	3.838
13.308	1.348	177	14.479	4.280	3.139
-	-	-	-	175	266
83.999	2.490	1.852	84.637	17.247	16.957
26.537	-	-	26.537	2.561.667	2.263.799
-	-	-	-	27.000	27.216
-	-	-	-	66	66
-	-	-	-	290	420
-	-	-	-	16.000	-
11	-	-	11	42.558	92
26.548	-	-	26.548	2.647.581	2.291.593
116.711	2.593	2.094	117.210	2.664.928	2.308.711

Anhang

Allgemeine Grundlagen

Der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2011 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt. Im Interesse einer übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Die einzelnen Posten des Jahresabschlusses werden in Tausend € (T€) dargestellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Immaterielle Vermögensgegenstände

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Software wird nach vollständiger Abschreibung als Abgang ausgewiesen. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird außerplanmäßig auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten von selbst erstellten Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert.

Bewegliche Anlagegüter, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden, werden überwiegend degressiv abgeschrieben. Bewegliche Anlagegüter, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben wurden sowie unbewegliche Anlagegüter werden linear abgeschrieben.

Die Abschreibungssätze richten sich nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Diese beträgt überwiegend für Bauten 14 bis 33 Jahre, für technische Anlagen und Maschinen 3 bis 25 Jahre, für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 10 Jahre. Geringwertige Anlagegüter werden im Erwerbsjahr voll abgeschrieben und nach fünf Jahren als Abgänge ausgewiesen.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Sind die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung entfallen, erfolgt eine Wertaufholung. Strecken und Grubenbaue werden nicht aktiviert.

Finanzanlagen

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Vorräte

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. In die Herstellungskosten sind neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und die Abschreibungen des Anlagevermögens einbezogen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen sind entsprechend ihrer Fristigkeit zum Nenn- oder Barwert angesetzt. Einzelrisiken werden durch Abschreibungen, das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsenkurs bzw. beizulegendem Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Das Wahlrecht gemäß § 250 Abs. 3 HGB zur aktivischen Abgrenzung von Disagien aus der Aufnahme von Verbindlichkeiten wird ausgeübt. Abweichend vom Vorjahr werden wegen einer aktuellen Änderung in der Bilanzrechtsprechung Nebenkosten für die Einräumung von Kreditlinien nicht mehr zeitraumbezogen abgegrenzt. Aus der Änderung der Bilanzierungsmethode entstanden im Geschäftsjahr periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 3.960 T€, die im Zinsaufwand erfasst wurden.

Vermögens-, Ertrags- und Aufwandsverrechnung

Für Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Verpflichtungen aus Pensionszusagen sowie von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus diesen Vermögensgegenständen mit dem Aufwand aus der Aufzinsung der entsprechenden Verpflichtungen saldiert und der Saldo im Zinsergebnis ausgewiesen. In der Bilanz werden diese Vermögensgegenstände mit der jeweils zugrunde liegenden Verpflichtung verrechnet. Die sich ergebenden Verpflichtungsüberhänge werden unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Verpflichtungen aus Pensionszusagen) und unter den sonstigen Rückstellungen (Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverpflichtungen) ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der Erfüllungsbetrag von Pensionsverpflichtungen wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wird von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein Rechnungszins in Höhe von 5,1%.

Der angenommene Gehalts- bzw. Rententrend beträgt jeweils 1,8%. Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (2005G).

Übrige Rückstellungen

Übrige Rückstellungen werden für alle ungewissen Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben wird, abgezinst.

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen zum Gruben- und Schachtversatz werden mit dem Barwert der zukünftig zu erwartenden Aufwendungen bewertet. Der Barwertermittlung werden dabei der aktuelle Durchschnittsdiskontierungssatz für bergbauliche Verpflichtungen in Höhe von 4,8% und eine jährliche Preissteigerungsrate in Höhe von 1,5% zu Grunde gelegt. Der Diskontierungssatz basiert auf dem gewichteten Durchschnitt der durch die Bundesbank veröffentlichten Diskontierungssätze. Die bergbaulichen Rückstellungen umfassen auch Rückbauverpflichtungen. Rückstellungen für Bergschädenwagnisse werden auf Basis von Schadenfällen der Vergangenheit ermittelt, um dem tatsächlichen Risiko Rechnung zu tragen. Die Rückstellungen für Dienstjubiläen werden für die zurückgelegten Dienstzeiten nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage des modifizierten Teilwertverfahrens ermittelt. Die Ermittlung des Erfüllungsbetrags von Altersteilzeitverpflichtungen erfolgt nach dem Barwertverfahren.

Soweit sich i.R.d. Erstanwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 aus der Neubewertung von Rückstellungen ein Auflösungsbetrag ergeben hätte, der bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste, wurden die zum 31. Dezember 2009 gebildeten Rückstellungsbeträge in Übereinstimmung mit Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB vollständig beibehalten. Der Betrag der Überdeckung zum Abschlussstichtag ist bei den Erläuterungen zu den Sonstigen Rückstellungen angegeben.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten gebildet. Hierbei werden bei der K+S Aktiengesellschaft neben Unterschieden bei eigenen Bilanzpositionen auch Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei Organgesellschaften berücksichtigt. Verlust- und Zinsvorträge werden berücksichtigt, insoweit eine Verrechnung mit steuerpflichtigem Einkommen innerhalb der nächsten fünf Jahre realisierbar ist. Bei der Bewertung der latenten Steuern wird der kombinierte Ertragsteuersatz des Organkreises der K+S Aktiengesellschaft in Höhe von 28,4 % zu Grunde gelegt. Dieser enthält neben der Körperschaftsteuer von 15,0 % und dem darauf zu entrichtenden Solidaritätszuschlag von 5,5 % den durchschnittlichen Gewerbesteuersatz in Höhe von 12,6 %.

Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Falle einer insgesamt bestehenden Steuerentlastung wird vom Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Passive Unterschiedsbeträge ergeben sich zum Abschlusstichtag aus Ansatz- und Bewertungsunterschieden bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, sonstigen Vermögensgegenständen sowie Rücklagen nach § 6b Abs. 3 EStG. Aktive Unterschiedsbeträge resultieren im Wesentlichen aus Buchwertunterschieden bei sonstigen Rückstellungen (insbesondere: bergrechtlichen Rückstellungen), Pensionsrückstellungen und innerhalb des Anlagevermögen. Nach Saldierung der aktiven und passiven Unterschiedsbeträge verbleibt im Berichtsjahr ein Aktivüberhang, der in der Bilanz nicht angesetzt wurde.

Bewertungseinheiten und derivative Finanzinstrumente

Es wurden im Geschäftsjahr keine Bewertungseinheiten i.S.v. § 254 HGB gebildet. Die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten erfolgt in Übereinstimmung mit den allgemeinen handelsrechtlichen Bilanzierungsgrundsätzen imparitatisch. Aktivishe derivative Finanzinstrumente werden maximal zu den Anschaffungskosten bilanziert. Sofern der Zeitwert unter den Anschaffungskosten liegt, erfolgt eine Abwertung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert. Bei negativem beizulegenden Zeitwert wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Passivishe derivative Finanzinstrumente werden mindestens in Höhe der erhaltenen Stillhalterprämie angesetzt. Soweit der negative beizulegende Zeitwert die passivierte Verbindlichkeit übersteigt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

Umrechnung von Fremdwährungsbeträgen

Die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu Kursen im Zeitpunkt der Entstehung erfasst.

Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlusstichtag bewertet. Alle übrigen

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Entstehung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Entstehung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Bruttobuchwerte und Abschreibungen der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist gesondert dargestellt.

Finanzanlagen

Die Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB ist gesondert in der Anhangsangabe „Aufstellung des Anteilsbesitzes“ dargestellt.

Vorräte

Angaben in T €	2011	2010
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.187	1.129
	1.187	1.129

Forderungen und sonstige Vermögenswerte

Angaben in T €	2011	2010
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15.662	15.094
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	839.989	657.345
Sonstige Vermögensgegenstände	153.818	26.812
	1.009.469	699.251

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen entfallen 40.517 T€ (Vorjahr: 76.489 T€) auf Forderungen aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr, 787.880 T€ (Vorjahr: 548.922 T€) auf Forderungen aus Ergebnisabführung. Auf Beteiligungserträge entfallen 4 T€ (Vorjahr: 2 T€). Im Übrigen betreffen sie vornehmlich Lieferungen und Leistungen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.183 T€ (Vorjahr: 5.311 T€) sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 135 T€ (Vorjahr: 487 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft in Höhe von 1.739 T€ (Vorjahr: 2.318 T€) ein Disagio i.S.v. § 250 Abs. 3 HGB.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der K+S Aktiengesellschaft beträgt 191,4 Mio. € und ist in 191,4 Mio. auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Die Ermächtigung des Vorstands, bis zum 9. Mai 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital um bis zu 56,1 Mio. € durch Ausgabe von bis zu 56,1 Mio. neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage zu erhöhen, ist im Geschäftsjahr erloschen.

Im August des Geschäftsjahres 2011 wurden die bisherigen Inhaberaktien auf Namensaktien umgestellt.

Angaben zu eigenen Anteilen

Im Geschäftsjahr 2011 hat die Gesellschaft 250.000 eigene Aktien für Belegschaftsaktienprogramme zu einem durchschnittlichen Kurs von 55,27 € erworben. Der rechnerisch maximale Anteil der erworbenen Aktien am Grundkapital betrug 0,1 % und der auf die erworbenen Anteile entfallende Betrag des Grundkapitals belief sich auf 250 T€. Die Veräußerung der Aktien an Mitarbeiter und am freien Markt erfolgte zu einem durchschnittlichen Kurs von 53,49 €. Der resultierende Differenzbetrag in Höhe von 265 T€ ist entsprechend § 272 Abs. 1b S. 3 HGB mit der Gewinnrücklage verrechnet worden. Zum Abschlussstichtag hält die Gesellschaft keine eigenen Anteile.

Entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung vom 11. Mai 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 10. Mai 2015 eigene Aktien bis zu 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Der Erwerb erfolgt über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots. Im Falle des Erwerbs über die Börse darf der von der Gesellschaft gezahlte Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Im Falle eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots darf der angebotene Kaufpreis je Aktie (ohne Erwerbsnebenkosten) den maßgeblichen Börsenpreis um nicht mehr als 10 % über- oder unterschreiten.

Kapitalrücklage

Angaben in T €	2011	2010
Stand am 1. Januar	701.616	701.609
Differenzbetrag aus der Veräußerung eigener Anteile	-	7
Stand am 31. Dezember	701.616	701.616

Andere Gewinnrücklagen

Angaben in T €	2011	2010
Stand am 1. Januar	285.480	282.980
Differenzbetrag aus der Veräußerung eigener Anteile	- 265	-
Einstellung von Beträgen aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG	-	2.500
Einstellung aus dem Jahresüberschuss	166.785	-
Stand am 31. Dezember	452.000	285.480

Die Einstellung des Betrags aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG resultiert aus der erfolgsneutralen Auflösung von Aufwandsrückstellungen i.S.v. § 249 Abs. 2 HGB a.F. in Höhe von 2.500 T€.

Bilanzgewinn

Angaben in T €	2011	2010
Stand am 1. Januar	225.692	46.150
Dividendenausschüttung	- 191.400	- 38.280
Jahresüberschuss	392.544	217.822
Einstellung in andere Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	- 166.785	-
Stand am 31. Dezember	260.051	225.692

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen keine Fehlbeträge. Im Rahmen des Bilanzausweises werden Pensionsrückstellungen mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Pensionsverpflichtungen dienen, verrechnet.

Der Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen beträgt zum Abschlussstichtag 104.028 T€ (ohne Berücksichtigung von Verpflichtungen aus Entgeltumwandlungen von Arbeitnehmern). Verrechnet mit dem beizulegenden Zeitwert des Deckungsvermögens in Höhe von 98.100 T€ ergibt sich ein Bilanzansatz für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 5.928 T€. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Entgeltumwandlungen von Arbeitnehmern („deferred compensation“) in Höhe von 2.448 T€, die durch kongruente Versicherungsverträge rückgedeckt sind. Der Erfüllungsbetrag wurde vollständig mit dem beizulegenden Zeitwert der Versicherungsverträge (2.448 T€) verrechnet.

Das Deckungsvermögen umfasst Wertpapiere, Rückdeckungsversicherungsverträge und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Wertpapiere sind mit ihren Marktpreisen und

Guthaben bei Kreditinstituten mit ihrem Nennwert zum Abschlussstichtag bewertet. Der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherungsverträge wurde anhand des geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals der Verträge zuzüglich eines ggf. vorhandenen Guthabens aus Überschussbeteiligung ermittelt. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betragen 104.457 T€.

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken aus schwebenden Geschäften sowie ungewissen Verbindlichkeiten angemessene Rechnung. Sie ergeben sich hauptsächlich aus bergbaulichen Verpflichtungen. Daneben bestehen vornehmlich Rückstellungen für Personalverpflichtungen.

Der sich auf Grund der BilMoG-Umstellung ergebende Überdeckungsbetrag der sonstigen Rückstellungen i.S.v. Art. 67 Abs. 1 S. 4 EGHB beträgt zum Abschlussstichtag 3.828 T€.

Im Rahmen des Bilanzausweises wurden Rückstellungen für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverpflichtungen mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen dienen, verrechnet.

Rückstellungen für Altersteilzeit

Angaben in T €	2011
Erfüllungsbetrag der Altersteilzeitverpflichtungen	3.703
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	2.831
Nettowert der Altersteilzeitverpflichtungen (Rückstellung)	872
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	2.831

Das Deckungsvermögen umfasst Wertpapiere und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Wertpapiere sind mit ihren Marktpreisen und Guthaben bei Kreditinstituten mit ihrem Nennwert zum Abschlussstichtag bewertet.

Verbindlichkeiten

Angaben in T €	2011	2010
Anleihe	750.000	750.000
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	693
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.410	4.421
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.496.072	1.169.686
Sonstige Verbindlichkeiten	15.691	16.274
	2.267.173	1.941.074

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen 1.219.345 T€ (Vorjahr: 1.058.003 T€) auf Verbindlichkeiten aus dem konzerninternen

Zahlungsverkehr sowie in Höhe von 158.699 T€ (Vorjahr: 30167 T€) auf Darlehensverbindlichkeiten. Im Übrigen betreffen sie vornehmlich Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme in Höhe von 85.457 T€ (Vorjahr: 67.291 T€).

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen:

Angaben in T €	2011	2010
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	693
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.410	4.421
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.496.072	1.169.576
Sonstige Verbindlichkeiten	14.264	14.795
	1.515.746	1.189.485

Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 277 T€ (Vorjahr: 332 T€) haben eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

Von den sonstigen Verbindlichkeiten entfallen auf:

Angaben in T €	2011	2010
Steuern	2.052	3.099
im Rahmen der sozialen Sicherheit	554	609

Haftungsverhältnisse

Angaben in T €	2011	2010
Patronatserklärung	-	767

Die im Vorjahr angegebene Patronatserklärung beinhaltete die Sicherungsleistung auf Ausgleichs- und Herrichtungsmaßnahmen der Torf- und Humuswerk Uchte GmbH. Die Patronatserklärung ist im Geschäftsjahr erloschen.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Angaben in T €	2011	2010
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	884	518
Verpflichtungen aus langfristigen Miet-, Leasing- und Serviceverträgen		
fällig im Folgejahr	6.019	5.781
- davon an verbundene Unternehmen	5.297	5.015
fällig im 2. bis 5. Jahr	21.975	20.672
- davon an verbundene Unternehmen	21.190	20.060
	28.878	26.971

Es bestehen Ergebnisabführungsverträge mit verbundenen Unternehmen, die auch eine Verlustübernahme beinhalten.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatz nach Tätigkeitsgebieten

Angaben in T €	2011	2010
Tierhygiene	35.347	34.198
Sonstiges	31.741	29.761
	67.088	63.959

Umsatz nach Regionen

Angaben in T €	2011	2010
Inland	66.700	63.444
Übriges Europa	91	187
Übersee	297	328
	67.088	63.959

Sonstige betriebliche Erträge

Angaben in T €	2011	2010
Erträge aus Leistungsverrechnung an Gruppengesellschaften	18.724	4.796
Erträge aus Kurssicherungsgeschäften	18.020	2.794
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	5.727	5.736
Erträge aus Abgängen von Sachanlagen	3.007	2.123
Kursgewinne	2.811	1.557
Erträge aus Vermietung und Verpachtung	2.678	2.849
Kostenerstattung aus der Übertragung von Vorräten	-	3.061
Übrige Erträge	2.841	4.348
	53.808	27.264

Erträge in Höhe von 9.210 T€ (Vorjahr: 8.676 T€) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen und ergeben sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen. Der Anstieg der Erträge aus Leistungsverrechnung an Gruppengesellschaften resultiert überwiegend aus Kostenweiterbelastungen im Rahmen der Restrukturierung des Stickstoffdüngemittelgeschäfts.

Die Erträge aus der Fremdwährungsbewertung von Vermögensgegenständen und Schulden betragen 300 T€ (Vorjahr: 983 T€).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Angaben in T €	2011	2010
Beratungskosten	18.502	9.498
Kursverluste	11.085	262
Aufwendungen aus Kurssicherungsgeschäften	11.033	11.037
Aufwendungen für stillgelegte Werke	10.115	1.050
Aufwendungen für Altersvorsorge	6.060	2.638
Aufwendungen für Wohnungswirtschaft	1.040	996
Aufwendungen aus der Übertragung von Vorratsvermögen	-	3.061
Übrige Aufwendungen	12.581	9.842
	70.416	38.384

Aufwendungen in Höhe von 4 T€ (Vorjahr: 612 T€) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen.

Die Aufwendungen aus der Fremdwährungsbewertung von Vermögensgegenständen und Schulden betragen 1.309 T€ (Vorjahr: 123 T€).

Beteiligungsergebnis

Angaben in T €	2011	2010
Erträge aus Gewinnabführung	787.880	548.922
Erträge aus Beteiligungen	4	2
Aufwendungen aus Verlustübernahme von verbundenen Unternehmen	85.457	68.376
	702.427	480.548

Die Erträge aus der Gewinnabführung setzen sich im Wesentlichen aus der Ergebnisabführung der K+S KALI GmbH, der K+S Nitrogen GmbH sowie der K+S Entsorgung GmbH zusammen.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme betreffen im Wesentlichen das Jahresergebnis der K+S Beteiligungs GmbH.

Zinsergebnis

Angaben in T €	2011	2010
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.771	4.932
- davon aus verbundenen Unternehmen	1.536	779
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.003	834
- davon aus verbundenen Unternehmen	3.517	796
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensions- u. Altersteilzeitrückstellungen (netto)	-10.558	-3.032
Aufwendungen aus der Aufzinsung sonstiger langfristiger Rückstellungen	-3.893	-3.708
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-53.848	-63.976
- davon an verbundene Unternehmen	-8.694	-2.223
	-56.525	-64.950

Der Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen setzt sich aus dem Saldo der Aufzinsung und den Erträgen bzw. Aufwendungen des zugeordneten Deckungsvermögens zusammen.

Auf den Aufwand aus Aufzinsung entfallen 5.534 T€ (Vorjahr: 6.218 T€). Die Aufwendungen aus dem Deckungsvermögen betragen 5.023 T€ (Vorjahr: Erträge in Höhe von 3.186 T€).

Außerordentliches Ergebnis

Angaben in T €	2011	2010
Außerordentliche Erträge	-	3.288
Außerordentliche Aufwendungen	-	-14.294
	-	-11.006

Die außerordentlichen Erträge und Aufwendungen des Vorjahres sind durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG entstanden. Sie resultierten aus der zum 1. Januar 2010 vorgenommenen Neubewertung der Pensionsrückstellungen (Aufwand 9.210 T€, Ertrag 3.288 T€), der bergbaulichen Rückstellungen (Aufwand 4.583 T€), der Rückstellungen für Altersteilzeit (Aufwand 261 T€) und der Jubiläumsrückstellungen (Aufwand 240 T€). In den außerordentlichen Aufwendungen (14.294 T€) wurden Erträge aus der erstmaligen Bewertung von Deckungsvermögen zum beizulegenden Zeitwert zum 1. Januar 2010 in Höhe von 10.150 T€ verrechnet (Bruttoaufwendungen vor Verrechnung: 24.444 T€).

Steuern

Angaben in T €	2011	2010
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	185.694	126.660
Sonstige Steuern	389	385
	186.083	127.045

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen in Höhe von 1.170 T€ (Vorjahr: 7.079 T€) Vorjahre.

Die sonstigen Steuern sind den betrieblichen Funktionsbereichen zugeordnet.

Materialaufwand

Angaben in T €	2011	2010
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	20.458	20.385
Aufwendungen für bezogene Leistungen	37.781	22.431
	58.239	42.816

Personalaufwand

Angaben in T €	2011	2010
Löhne und Gehälter	55.553	60.479
Soziale Abgaben	7.106	6.692
Altersversorgung	6.315	3.062
Unterstützung	15	54
	68.989	70.287

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

Arbeitnehmer

Jahresdurchschnitt	2011	2010
Tarifliche Mitarbeiter	344	346
Außertarifliche Mitarbeiter	216	200
Auszubildende	14	15
	574	561

Sonstige Angaben

Derivative Finanzinstrumente

Es wurden im Geschäftsjahr keine Bewertungseinheiten i.S.v. § 254 HGB gebildet.

Am 31. Dezember 2011 wurden folgende Währungsderivate gehalten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden:

Angaben in T €	Nominalwerte ¹⁾	Beizulegende Zeitwerte	Buchwerte ²⁾
Devisentermingeschäfte USD mit Fälligkeit in 2012			
- positive beizulegende Zeitwerte	-	-	-
- negative beizulegende Zeitwerte	81.944	- 2.382	- 2.382
Gekaufte einfache Devisenoptionen USD mit Fälligkeit in 2012	79.811	753	753
Verkaufte einfache Devisenoptionen USD mit Fälligkeit in 2012	83.983	- 528	- 1.327

¹⁾ umgerechnet in Euro mit gewichteten Sicherungskursen

²⁾ ausgewiesen in den Positionen sonstige Rückstellungen, sonstige Verbindlichkeiten sowie sonstige Vermögensgegenstände

Die ermittelten beizulegenden Zeitwerte entsprechen dem Wert bei vorzeitiger fiktiver Auflösung zum Abschlussstichtag. Die Ermittlung erfolgt auf Basis anerkannter, von den Marktteilnehmern üblicherweise angewandter, finanzmathematischer Methoden. Diesen Berechnungen liegen insbesondere die folgenden am Bilanzstichtag geltenden Parameter zugrunde:

- die Devisenkassakurse der betreffenden Währungen,
- die vereinbarten Sicherungs- bzw. Ausübungskurse,
- die gehandelten Volatilitäten, d. h. die erwartete Schwankungsbreite der betreffenden Devisenkurse, und
- das Zinsniveau der betreffenden Währungen

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

Aus der Aktivierung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert (Deckungsvermögen) ergibt sich zum Abschlussstichtag ein Ausschüttungssperrbetrag gem. § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 7.434 T€ (Vorjahr: 12.197 T€). Im Rahmen des Bilanzausweises wurde das Deckungsvermögen vollständig mit den Pensionsrückstellungen und den Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen verrechnet.

Honorare für Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar des Abschlussprüfers ist in der entsprechenden Anhangangabe im Konzernabschluss der K+S Aktiengesellschaft enthalten.

Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands

Angaben in T €	2011
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1.541
- davon fix	1.121
- davon erfolgsbezogen	420
Gesamtbezüge des Vorstands	11.776
- davon fix	2.391
- davon erfolgsbezogen	4.307
- davon LTI Programm	5.078
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	1.026
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen	11.924

Die Darstellung der individualisierten Bezüge der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2011 erfolgt im Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichts ist.

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate-Governance-Kodex

Die Gesellschaft hat im Dezember 2011 eine Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ abgegeben und als Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB dauerhaft auf der Internet-Homepage der K+S (www.k-plus-s.com/de/corporate-governance) veröffentlicht.

Aufstellung des Anteilsbesitzes

Aufstellung des Anteilsbesitzes der K+S Aktiengesellschaft gemäß § 285 Nr. 11 HGB
(Angaben in Tsd):

Stand 31.12.2011

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft		Kapital-anteil	Währ-ung	Eigen- kapital	Jahres- ergebnis
1. K+S Verwaltungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	26	0
1. K+S Verwaltungs GmbH & Co. Erwerbs KG	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	2	0
3. K+S Verwaltungs GmbH & Co. Erwerbs KG	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	2	0
Algoflash GmbH Düngemittel	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	311	1
Beienrode Bergwerks-GmbH	Kassel	Deutschland	89,80%	EUR	1.345	18
Börde Container Feeder GmbH	Haldensleben	Deutschland	33,30%	EUR	430	37 ²⁾
Canadian Brine Ltd.	Québec	Kanada	100,00%	CAD	458	7
Canadian Salt Finance Company	Halifax, Nova Scotia	Kanada	100,00%	CAD	524.598	174
Canadian Salt Holding Company	Halifax, Nova Scotia	Kanada	100,00%	CAD	517.031	0
Chemische Fabrik Kalk GmbH	Köln	Deutschland	100,00%	EUR	10.602	53
Compania Minera Punta de Lobos Ltda.	Santiago de Chile	Chile	99,64%	USD	19.284	1.339
Deutscher Straßen-Dienst GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	60	3.395 ¹⁾
Empresa de Servicios Ltda.	Santiago de Chile	Chile	99,64%	USD	891	-32
Empresa Maritima S.A.	Santiago de Chile	Chile	48,67%	USD	49.208	1.421
esco - european salt company GmbH & Co. KG	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	183.868	51.304 ¹⁾
esco benelux N.V.	Diegem	Belgien	100,00%	EUR	11.771	1.044
esco france S.A.S.	Levallois-Perret	Frankreich	100,00%	EUR	14.745	1.633
esco Holding France S.A.S.	Dombasle sur Meurthe	Frankreich	100,00%	EUR	18.985	7.390
esco international GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	40.903	201 ¹⁾
esco Nordic AB	Göteborg	Schweden	100,00%	SEK	4.918	3.299 ²⁾
esco Spain S.L.	Barcelona	Spanien	100,00%	EUR	-361	-775
	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	47	3

Fachschule f. Wirtschaft und Technik Gem. GmbH	Clausthal	Deutschland	9,40%	EUR	397	60	⁵⁾
fertiva GmbH	Mannheim	Deutschland	100,00%	EUR	1.500	41.461	¹⁾
Frisia Zout B.V.	Harlingen	Niederlande	100,00%	EUR	13.416	3.479	
German Bulk Chartering GmbH	Hamburg	Deutschland	100,00%	EUR	60	2.740	¹⁾
Glendale Salt Development LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	2.404	140	
Hubwoo.com S.A.	Paris	Frankreich	0,04%	EUR	8.511	-1.821	⁵⁾
Ickenroth GmbH	Staudt	Deutschland	100,00%	EUR	1.790	1.242	¹⁾
Imperial Thermal Products Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	inaktiv	inaktiv	
Inagua General Store Ltd.	Nassau	Bahamas	100,00%	USD	-964	-436	
Inagua Transports Inc.	Monrovia	Liberien	100,00%	USD	2.392	-248	
International Salt Company LLC	Clarks Summit	USA	100,00%	USD	12.492	1.086	
Inversiones Columbus Ltda.	Santiago de Chile	Chile	2,00%	USD	-9.042	173	
Inversiones Empremar Ltda.	Santiago de Chile	Chile	48,87%	USD	110	-18	
Inversiones K+S Sal de Chile Ltda.	Santiago de Chile	Chile	100,00%	CLP	946.199	48.449	
ISX Oil & Gas Inc.	Calgary	Canada	100,00%	CAD	-	-	⁵⁾
K plus S Iberia S.L.	Barcelona	Spanien	100,00%	EUR	1.485	1.435	
K+S Agricoltura S.p.a.	Cesano Maderno	Italien	100,00%	EUR	15.790	-9.914	
K+S Agro México S.A. de C.V.	Mexico-City	Mexico	100,00%	MXN	22.610	16.401	
K+S AN-Institut Verwaltungsgesellschaft mbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	167	141	
K+S Asia Pacific Pte. Ltd.	Singapur	Singapur	100,00%	SGD	1.844	1.753	
K+S Baustoffrecycling GmbH	Sehnde	Deutschland	100,00%	EUR	60	1.387	¹⁾
K+S Benelux B.V.	Breda	Niederlande	100,00%	EUR	704	501	²⁾
K+S Beteiligungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	210.240	-82.980	¹⁾
K+S Brasileira Fertilizantes e Produtos Industriais Ltda.	Sao Paulo	Brasilien	100,00%	BRL	5.035	1.873	²⁾
K+S Canada Holdings Inc.	Vancouver	Kanada	100,00%	CAD	507.494	-18.570	
K+S Consulting GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	810	171	¹⁾
K+S CZ a.s.	Prag	Tschechien	100,00%	CSK	55.957	17.337	²⁾
K+S Denmark Holding ApS	Hellerup	Dänemark	100,00%	EUR	19	6	²⁾
K+S Entsorgung (Schweiz) AG	Delémont	Schweiz	100,00%	EUR	574	13	²⁾
K+S Entsorgung GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	7.506	8.554	¹⁾
K+S Fertilizers (India) Private Limited	Neu Delhi	Indien	100,00%	INR	-	-	⁵⁾
K+S Finance Belgium BVBA	Diegem	Belgien	100,00%	EUR	2.323.558	86.485	
K+S Finance Ltd.	St. Julians	Malta	100,00%	EUR	398.229	1.537	¹⁾
K+S Gübre ve Endüstri	Instanbul	Türkei	100,00%	TRY	413	101	²⁾

Ürünleri San. ve Tic. Ltd. Sti.						
K+S Hellas S.A.	Athen - Neo Psichiko	Griechenland	100,00%	EUR	9.835	-829 ⁷⁾
K+S Holding France S.A.S.	Reims	Frankreich	100,00%	EUR	-12.246	-48.046 ²⁾
K+S Interservicios S.A. de C.V.	Tlalpan, DF	Mexico	100,00%	MXN	50	79 ⁹⁾
K+S Investments Ltd.	St. Julians	Malta	100,00%	EUR	453.203	12.972
K+S Italia S.r.L.	Verona	Italien	100,00%	EUR	1.041	351 ²⁾
K+S IT-Services GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	5.050	-2.356 ¹⁾
K+S Legacy GP Inc.	Vancouver	Canada	100,00%	CAD	-	-
K+S KALI Atlantique S.A.S.	Pre en Pail	Frankreich	100,00%	EUR	-5.407	-3.932 ²⁾
K+S KALI du Roure S.A.S.	Le Teil	Frankreich	100,00%	EUR	3.197	849
K+S Kali France S.A.S.	Reims	Frankreich	100,00%	EUR	7.097	2.590
K+S KALI GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	447.083	718.382 ¹⁾
K+S KALI Rodez S.A.S.	Sainte Radegonde	Frankreich	97,45%	EUR	1.963	245
K+S KALI Wittenheim S.A.S.	Wittenheim	Frankreich	100,00%	EUR	3.440	249
K+S Mining Argentina S.A.	Buenos Aires	Argentinien	100,00%	ARS	647	-41.044
K+S Montana Holdings LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	1.760.157	500
K+S Netherlands Holding B.V.	Harlingen	Niederlande	100,00%	EUR	227.014	-8.374
K+S Nitrogen France S.A.S.	Levallois-Perret	Frankreich	100,00%	EUR	78	59
K+S Nitrogen GmbH	Mannheim	Deutschland	100,00%	EUR	77.557	56.598 ¹⁾
K+S North America Corporation	New York	USA	100,00%	USD	6.463	553
K+S North America Salt Holdings LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	1.733.977	71.688
K+S Polska Sp. z o.o.	Poznan	Polen	100,00%	PLN	3.215	822 ²⁾
K+S Potash Canada General Partnership	Vancouver	Canada	100,00%	CAD	449.235	-14.687
K+S Salz GmbH	Hannover	Deutschland	100,00%	EUR	369.679	-120 ¹⁾
K+S Transport GmbH	Hamburg	Deutschland	100,00%	EUR	2.576	4.053
K+S UK & Eire Ltd.	Hertford	Großbritanni en	100,00%	GBP	906	396 ²⁾
K+S Versicherungsvermittlungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	25	111 ¹⁾
Kali (U.K.) Ltd.	Hertford	Großbritanni en	100,00%	GBP	-	- ³⁾
Kali AG	Frauenkappeln	Schweiz	100,00%	CHF	1.443	311 ²⁾
Kali-Importen A/S	Kopenhagen	Dänemark	100,00%	DKK	288	-116 ⁴⁾
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	10.669	5.679 ¹⁾
Lehrter Wohnungsbau GmbH	Lehrte	Deutschland	6,70%	EUR	12.894	371 ²⁾
Montana US Parent Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	0	0
Morton Bahamas Ltd.	Nassau	Bahamas	100,00%	USD	31.340	6.754
Morton China National Salt	Shanghai	China	45,00%	CNY	12.685	2.006 ²⁾

(Shanghai) Salt Co. Ltd.							
Morton Salt Inc.	Chicago	USA	100,00%	USD	958.076	-18.322	
MS "Basalt" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	12,00%	EUR	1.223	-109	2)
MS "Butes" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	82,35%	EUR	443	-213	2)
MS "Dolomit" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,90%	EUR	1.772	-216	5)
MS "Echion" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	82,35%	EUR	488	-204	2)
MS "Granit" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	12,00%	EUR	1.689	-223	5)
MS "Lava" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,50%	EUR	1.678	-213	5)
MS "Magma" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,90%	EUR	1.732	-199	5)
MS "Marmor" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	11,40%	EUR	1.675	-194	5)
MS "Melas" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	38,90%	EUR	0	-1.573	2)
MS "Paganini" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	12,10%	EUR	287	-274	5)
MS "Peleus" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	30,20%	EUR	653	-196	5)
MS "Telamon" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	10,70%	EUR	2.223	-295	5)
MS "Theseus" Schiffahrts GmbH & Co KG	Haren	Deutschland	10,70%	EUR	2.244	-371	5)
MSW-Chemie GmbH	Langelsheim	Deutschland	68,50%	EUR	1.101	93	
Nieders. Gesellschaft zur Endablagerung von Sonderabfall mbH	Hannover	Deutschland	0,10%	EUR	9.534	913	9)
OOO K+S Rus	Moskau	Russ. Föderation	100,00%	RUR	13.163	644	2)
PHH Personen Dienstleistung GmbH	Hamburg	Deutschland	2,60%	EUR	828	-23	2)
Poldergemeinschaft Hohe Schaar	Hamburg	Deutschland	8,66%	EUR	120	58	2)
Potash Company of Canada (1998) Ltd.	Toronto	Kanada	100,00%	CAD	0	0	
Potash S.A. (Pty) Ltd.	Johannesburg	Südafrika	100,00%	ZAR	114	6	5)
SPL-USA LLC	Clarks Summit	USA	100,00%	USD	18.493	-397	
Salina Diamante Branco Ltda.	Rio de Janeiro	Brasilien	100,00%	BRL	36.223	8.999	
Salines Cérébos et de Bayonne S.A.S.	Levallois-Perret	Frankreich	100,00%	EUR	6.163	715	
Servicios Maritimos Patillos S.A.	Santiago de Chile	Chile	49,82%	USD	1.531	1.324	
Servicios Portuarios Patillos S.A.	Santiago de Chile	Chile	99,53%	USD	44	379	
Shenzhen K+S Trading Co.	Shenzhen	China	100,00%	CNY	22.060	631	2)

Ltd.						
Sociedad Punta de Lobos S.A.	Santiago de Chile	Chile	99,64%	USD	338.029	26.233
Société des Engrais de Berry au Bac S.A.	Reims	Frankreich	34,00%	EUR	2.543	2 ⁴⁾
SPL Perú S.A.C.	Lima	Peru	100,00%	PEN	-	- ⁸⁾
The Canadian Salt Company Limited	Québec	Kanada	100,00%	CAD	791.651	58.606
Transporte por Containers S.A.	Santiago de Chile	Chile	48,04%	USD	5.117	60
UBT See- und Hafen-Spedition GmbH Rostock	Rostock	Deutschland	100,00%	EUR	157	925 ¹⁾
VATEL Companhia de Produtos Alimentares S.A.	Alverca	Portugal	100,00%	EUR	1.100	-376
Verlagsgesellschaft für Ackerbau mbH	Kassel	Deutschland	100,00%	EUR	26	-1 ¹⁾
Weeks Island Landowner LLC	Chicago	USA	100,00%	USD	806	-2
Werra Kombi Terminal Betriebsgesellschaft mbH	Philippsthal	Deutschland	50,00%	EUR	0	-93 ²⁾
Wohnbau Salzdorf GmbH	Bad Salzdorf	Deutschland	100,00%	EUR	1.820	10 ¹⁾
Zoll Pool Hafen Hamburg AG	Hamburg	Deutschland	1,96%	EUR	359	58 ²⁾

1) Ergebnisabführungsvertrag mit Muttergesellschaft (Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Ergebnisabführung)

2) Jahresabschluss per 31. Dezember 2010

3) vom Jahresabschluss freigestellt

4) Geschäftsjahr vom 01.07. bis 30.06. - Jahresabschluss per 30.06.2010

5) Geschäftsjahr vom 01.08. bis 31.07. - Jahresabschluss per 31.07.2011

6) Jahresabschluss per 31. Dezember 2009

7) Jahresabschluss per 31. Dezember 2008

8) Keine Angaben möglich

9) Vorläufige Angaben per 31. Dezember 2011

Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrats

[Gerhard R. Wolf \(76\), Diplom-Kaufmann](#)

ehem. Mitglied des Vorstands der BASF AG, Ludwigshafen

ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der K+S Aktiengesellschaft

Mitglieder des Aufsichtsrats

[Dr. Ralf Bethke \(69\), Diplom-Kaufmann, Aufsichtsratsvorsitzender](#)

[Anteilseignervertreter](#)

ehem. Vorsitzender des Vorstands der K+S Aktiengesellschaft

Aufsichtsratsvorsitz seit 14. Mai 2008

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung 2012

Erstbestellung: 1. Juli 2007

weitere Aufsichtsratsmandate: Benteler International AG, Salzburg (stellv. Vorsitzender)

Dr. Jens Ehrhardt Kapital AG, Pullach (Vorsitzender)

Süddeutsche Zuckerrübenverwertungs-Genossenschaft eG,
Stuttgart-Ochsenfurt

Südzucker AG, Mannheim/Ochsenfurth, Mannheim

[Michael Vassiliadis \(47\), Chemielaborant, stellv. Vorsitzender](#)

[Arbeitnehmervertreter](#)

Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: BASF SE, Ludwigshafen

STEAG GmbH, Essen (stellv. Vorsitzender)

Henkel AG & Co. KGaA, Düsseldorf

[Ralf Becker \(46\), Gewerkschaftssekretär](#)

[Arbeitnehmervertreter](#)

Landesbezirksleiter Nord der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 1. August 2009

weitere Aufsichtsratsmandate: Continental Reifen Deutschland GmbH, Hannover
(stellv. Vorsitzender)

[Jella S. Benner-Heinacher \(51\), Juristin](#)

[Anteilseignervertreterin](#)

Hauptgeschäftsführerin (stellv.) der Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Düsseldorf

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: A.S. Création Tapeten AG, Gummersbach

George Cardona (60), Ökonom

Anteilseignervertreter

Mitglied des Direktorenrats der OJSC EuroChem Mineral and Chemical Co., Russland

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2015
Erstbestellung: 9. Oktober 2009

weitere Kontrollgremien: Board der Donalink Ltd., Zypern

Board der Erglis Ltd., Zypern (Vorsitzender)

Board der EuroChem Group SE, Zypern (Vorsitzender)

Board der Hamilton Art Ltd., Isle of Man (Vorsitzender)

Board der Hamilton Jets Ltd., Bermuda (Vorsitzender)

Board der Harewood House Ltd., Jersey, Channel Islands (Vorsitzender)

Board der Linea Ltd., Bermuda (Vorsitzender)

Board der Linetrust PTC Ltd., Bermuda (Vorsitzender)

Direktorenrat der OJSC Siberian Coal Energy Co., Russland

Board der SUEK plc., Zypern

Board der Sibenergy plc., Zypern

Board der Valise Ltd., Bermuda (Vorsitzender)

Board der Valton Ltd., Bermuda (Vorsitzender)

Harald Döll (47), Energieanlagenelektroniker

Arbeitnehmervertreter

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 1. August 2009

Dr. Rainer Gerling (53), Diplom-Ingenieur

Arbeitnehmervertreter

Leiter des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013
Erstbestellung: 14. Mai 2008

Rainer Grohe (71), Diplom-Ingenieur

Anteilseignervertreter

Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 6. Mai 1998

weitere Aufsichtsratsmandate: Aurubis AG, Hamburg

Graphit Kropfmühl AG, Hauzenberg (stellv. Vorsitzender)

PFW Aerospace AG, Speyer

Dr. Karl Heidenreich (70), Diplom-Kaufmann

Anteilseignervertreter

ehem. Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart/Karlsruhe/Mannheim

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

Rüdiger Kienitz (51), Bergbautechnologe

Arbeitnehmervertreter

Mitglied des Betriebsrats des Werks Werra der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 26. März 1998

Klaus Krüger (57), Bergbautechnologe

Arbeitnehmervertreter

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Zielitz der K+S KALI GmbH

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 9. August 1999

Dieter Kuhn (53), Bergbaumaschinist

Arbeitnehmervertreter

Betriebsratsvorsitzender des Werks Bernburg der esco GmbH & Co. KG

erster stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

Dr. Bernd Malmström (70), Jurist

Anteilseignervertreter

Rechtsanwalt

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Aufsichtsratsmandate: HHLA Intermodal GmbH, Hamburg

IFCO-Systems N.V., Amsterdam (Vorsitzender)

Lehnkering GmbH, Duisburg (Vorsitzender)

SBB Schweizer Bundesbahnen AG, Bern (Verwaltungsrat)

VTG AG, Hamburg

weitere Kontrollgremien: DAL – Deutsche-Afrika-Linien GmbH & Co. KG,
Hamburg

time:matters GmbH, Neu-Isenburg (Vorsitzender)

Dr. Rudolf Müller (68), Diplom-Ingenieur agr.

Anteilseignervertreter

ehem. Mitglied des Vorstands der Südzucker AG, Mannheim/Ochsenfurth, Mannheim

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

weitere Kontrollgremien: Universitätsrat der Universität Hohenheim, Stuttgart

Renato De Salvo (47), Betriebsschlosser

Arbeitnehmervertreter

Betriebsschlosser im Werk Sigmundshall der K+S KALI GmbH

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 7. Mai 2003

Dr. Eckart Sünner (67), Jurist

Anteilseignervertreter

Of Counsel, Allen & Overy LLP, Büro Mannheim

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2013

Erstbestellung: 28. April 1992

weitere Aufsichtsratsmandate: Infineon Technologies AG, Neubiberg

Aufsichtsratsausschüsse

Prüfungsausschuss

Dr. Eckart Sünner (Vorsitzender)
Dr. Ralf Bethke
Dr. Karl Heidenreich
Ralf Becker (seit 24. August 2011)
Klaus Krüger
Michael Vassiliadis

Nominierungsausschuss

Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)
Jella S. Benner-Heinacher
Dr. Bernd Malmström
Dr. Rudolf Müller

Personalausschuss

Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)
Rainer Grohe
Klaus Krüger
Michael Vassiliadis

Vermittlungsausschuss

Dr. Ralf Bethke (Vorsitzender)
Dr. Eckart Sünner
Klaus Krüger
Michael Vassiliadis

Mitglieder des Vorstands

Norbert Steiner (57), Jurist, Vorsitzender

Unternehmensentwicklung und Controlling
Recht / Compliance
Investor Relations
Kommunikation und Medien
Oberer Führungskreis / Internationale HR-Koordination
Salz

Mandat bis 11. Mai 2015
Erstbestellung: 12. Mai 2000

Aufsichtsratsmandate: E.ON Mitte AG, Kassel
K+S KALI GmbH (Vorsitzender), Kassel ¹⁾

Joachim Felker (59), Industriekaufmann

Kali- und Magnesiumprodukte
Stickstoffdüngemittel

Mandat bis 30. September 2012
Erstbestellung: 1. Oktober 2005

Aufsichtsratsmandate: K+S KALI GmbH, Kassel ¹⁾

Gerd Grimmig (58), Diplom-Ingenieur

Bergbau
Geologie
Technik / Energie
Forschung und Entwicklung
Umwelt, Arbeitssicherheit, Qualitätsmanagement
Inaktive Werke
Entsorgung und Recycling
Tierhygieneprodukte
Consulting
MSW Chemie

Mandat bis 30. September 2013
Erstbestellung: 1. Oktober 2000

Aufsichtsratsmandate: K+S KALI GmbH, Kassel ¹⁾

¹⁾ Konzernmandat

Dr. Thomas Nöcker (53), Jurist, Arbeitsdirektor

Personal

IT-Services

Organisations- und Projektmanagement

Immobilienmanagement

Wissensmanagement

Gesundheitsmanagement

Globale Logistik Strategie

Logistikeinkauf

K+S Transport GmbH

Handelsgeschäfte (CFK)

Mandat bis 31. Juli 2016

Erstbestellung: 1. August 2003

Aufsichtsratsmandate: K+S KALI GmbH, Kassel ¹⁾

Jan Peter Nonnenkamp (48), Diplom-Ökonom ²⁾

Finanzen und Rechnungswesen

Einkauf, Material- und Lagerwirtschaft

Revision

Steuern

Versicherungen

Mandat bis 31. Dezember 2011

Erstbestellung: 1. Juni 2009

¹⁾ Konzernmandat

²⁾ Herr Nonnenkamp ist am 31. Dezember 2011 aus dem Vorstand ausgeschieden. Seine Aufgaben in den Bereichen Finanzen und Rechnungswesen, Revision, Steuern und Versicherungen wurden im Januar 2012 bis auf Weiteres von Herrn Steiner und die übrigen Bereiche von Herrn Dr. Nöcker übernommen.

Beteiligungen an der Gesellschaft

Meritus Trust Company Limited, Bermuda, hält über die EuroChem Group SE und ihr zuzurechnende Tochterunternehmen knapp 10 % der Aktien. Meritus hält treuhänderisch Industriebeteiligungen von Andrey Melnichenko. Die BASF SE, Ludwigshafen, teilte am 16. März 2011 mit, dass der Stimmrechtsanteil die Schwelle von 3% unterschritten habe und sie keine K+S-Aktien halte. BlackRock Inc., New York (USA), überschritt am 15. März 2011 die Schwelle von 5 % und veröffentlichte einen Anteilsbesitz von 5,46 %. Der Anteilsbesitz von Prudential Plc. beträgt 3% und wird über M&G Investment Management Limited, London (UK) gehalten. Die Mitteilung von Prudential Plc. erfolgte am 2. November 2011.

Gewinnverwendungsvorschlag

Der im Geschäftsjahr 2011 erzielte Jahresüberschuss der K+S Aktiengesellschaft beläuft sich auf 392.544 T€. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags in Höhe von 34.292 T€ sowie der Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 166.785 T€ ergibt sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 260.051 T€. Der Vorstand beabsichtigt auf der Hauptversammlung am 9. Mai 2012, die Ausschüttung einer Dividende von 1,30 € je nennwertloser Stückaktie (248.820 T€) aus dem Bilanzgewinn und den Vortrag des Restbetrags von 11.231 T€ auf neue Rechnung vorzuschlagen.

Kassel, 2. März 2012

K+S Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

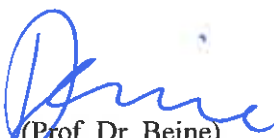
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

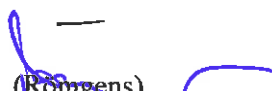
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hannover, den 2. März 2012

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


(Prof. Dr. Beine)
Wirtschaftsprüfer


(Rönigens)
Wirtschaftsprüfer

